

b unabhängige **auernstimme**



Kühe gehören auf die Weide, leider sind sie es aber nur noch viel zu selten. Vielfältige Erfahrungen aus Bayern zeigen, wie es gehen kann.



Wenn Erzeuger und Verbraucher zusammenkommen, entsteht immer öfter solidarische Landwirtschaft. So auch in Bonn, so fängt es an.



Ausgegrenzt hat sich die Hoffnung auf mehr Vielfalt auf Europas Äckern für die deutsche Umsetzung der GAP-Reform. Die nächste kommt bestimmt.



Bock auf Bohne



Die Seite 3

Unternehmen, die besseren Entwicklungshelfer? 3



Agrarpolitik

Berlin beschließt: Kein Greening auf dem Acker 4

Wie weiter mit der Bioenergie 5



Bewegung

Eine SoLaWi für Bonn 7

Kirchenland in Bauernhand 8

Gebt den Kühen das Gras zurück 10

Milchschafe so gefährlich wie Kühe 14



Schwerpunkt

Bock auf Bohnen 11

Über den Umgang mit der königlichen Diva 12

Wunderbohnen in aller Welt 13



Märkte

Mehr Schweine für Entwicklungsländer 6

Neuland mit Geflügel 6

Alte Probleme mit neuen Pflanzen 17

Gentechnik

Europäisch zulassen, national verbieten 16

Weitere Themen

Zu Besuch bei Christian Bayer und Kaya Thomas, Seite 9; Lesen Seite 21; Anzeigen, Veranstaltungen, Kontakte, Seite 22-23



Ohne Leguminosen geht es nicht

Wo auch immer der Startpunkt der Entwicklung der Landwirtschaft vor vielen hundert Jahren zu setzen ist, ob bei der Einführung der Dreifelderwirtschaft oder der Produktion synthetischer Düngemittel Ende des 19. Jahrhunderts, alles waren einschneidende Neuerungen. Dazu gehören aber auch Menschen wie der Wissenschaftler Hermann Hellriegel, der die wunderbare Eigenschaft der Leguminosen erforschte, den elementaren Luftstickstoff aufzunehmen und pflanzenverfügbar zu machen. Momentan allerdings scheinen es eher die VertreterInnen der chemischen Industrie zu sein, die die Geschichte der europäischen Landwirtschaft für die nächsten Jahre weiter bestimmen werden. Die Intensivierung der Landwirtschaft wird durch diese Agrarreform jedenfalls nicht gestoppt. Dabei wären Rahmenbedingungen, die den Weg in eine umwelt- und ressourcenschonendere Landwirtschaft eingeläutet hätten, dringend vonnöten gewesen. Dabei gab es sie ja, die Forderungen für eine umwelt- und ressourcenschonendere Landwirtschaft. Die AbL ging in die EU-Agrarreformdebatte mit der 20-50-30-Forderung. 20 Prozent Leguminosen und maximal 50 Prozent einer Art in der Fruchtfolge als Bedingungen zum Erhalt der Direktzahlungen. Werden diese nicht eingehalten, kommt es zur Kürzung um 30 Prozent, die zur Qualifizierung anderer ökologischer Maßnahmen verwendet werden sollten.

Trotz der verpassten Chance innerhalb der nun fast gänzlich abgeschlossenen Reform, dem Leguminosenanbau einen nachhaltigeren Schub zu verleihen, gibt es dennoch Möglichkeiten für die Praxis. Innerhalb des Greenings, auf den ökologischen Vorrangflächen, gilt ein Gewichtungsfaktor von 0,7 beim Anbau von Leguminosen. Und das trotz eines zulässigen Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln und Düngung. Ein 100 Hektar Ackerland bewirtschaftender Betrieb müsste etwas mehr als sieben Hektar Leguminosen anbauen, um seine Greeningvorgaben zu erfüllen. Dies kann ein guter Einstieg sein für Bauern und Bäuerinnen, die vorher noch nichts mit Körnerleguminosen zu tun hatten. Natürlich erkennt man bei genauem Studium der nationalen Durchführungsbestimmungen die Handschrift verschiedener Lobbyverbände. So forderte zum Beispiel der Präsident des Deutschen Bauernverbandes schon im Winter eine Startdüngung für Leguminosen. Im Gesetzentwurf der Bundesregierung für ein „Direktzahlungen-Durchführungsgesetz“ findet sich diese Forderung im Wortlaut wieder. Der Bauernverband als vermeintliche Interessensvertretung der deutschen Bauern möchte die Möglichkeit erhalten, dass auch auf mit Leguminosen bestellten Flächen die Gülle aus den Intensivbetrieben untergebracht werden kann. Ob dies den Anbau von Körnerleguminosen in viehintensiveren Regionen attraktiver macht, sei dahingestellt. Fakt ist, dass der klimarelevante Nutzen durch die verminderte Stickstofffixierung eingeschränkt wird. In Zukunft wird weiter daran gearbeitet werden müssen, die Intensität in der Landwirtschaft im Allgemeinen zu reduzieren. Für die Zukunft scheinen zur Sicherung der sogenannten Gunststandorte in Europa vielfältige Fruchtfolgen nicht nur empfehlenswert, sondern eine Lebensversicherung zum Erhalt der Leistungsfähigkeit der Böden zu sein. Leguminosen spielen hier aus mehreren Gründen eine wichtige Rolle: Sie erhöhen die Bodenfruchtbarkeit, tragen beim richtigen Anbau zum Klimaschutz bei und liefern wertvolles und gentechnikfreies Eiweiß für Human- und Tierernährung. Dafür lohnt es sich weiterhin zu kämpfen, sei es über den Weg der Vermarktung von qualitativ hochwertigen Produkten oder über verbesserte flankierende Maßnahmen innerhalb der Agrarpolitik. Ansonsten geht's regional wieder zurück zur Dreifelderwirtschaft. Da war jedes dritte Jahr zur Regeneration der Böden eine Brache vonnöten.

Christoph Dahlmann,
AbL-Projekt „Vorm Acker in den Futtertrog“

Frisch gestrichen

Alles neu macht der Mai, auch wenn inzwischen Juni ist, fanden wir es an der Zeit für einen frischen Look bei der *Bauernstimme*. Wir haben nur vorsichtig renoviert und hoffen auf folgende Reaktion: „Was ist denn das für eine Zeitung? Liest sich wie die *Bauernstimme*, sieht aber besser aus...“

Unternehmen, die besseren Entwicklungshelfer?

Keine Entwicklungshilfe für Agrarkonzerne

Knapp eine Milliarde Menschen hungern, die Hälfte sind Kleinbäuerinnen und -bauern. Um die Lebenssituation dieser Menschen zu verbessern, werden Entwicklungshilfegelder dringend benötigt. Wichtig dabei: Im Zentrum von Projekten und Politiken sollten die Interessen und Bedürfnisse der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern stehen. Sie müssen dafür von Anfang an beteiligt werden. Doch diese Erkenntnis scheint im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) noch nicht angekom-

men zu sein. Denn es verstärkt derzeit die Kooperation mit Unternehmen wie Bayer und BASF, denen man dort offenbar eine Schlüsselfunktion in der Armut- und Hungerbekämpfung zuschreibt. Unternehmen werden zum Teil für „die besseren Entwicklungshelfer“ gehalten, das allerdings blendet die Gefahren aus, die mit einer solchen Entwicklung verbunden sind. Kleinbäuerinnen und -bauern wird das Modell einer industriellen Landwirtschaft aufgezwängt, ohne sie ernsthaft einzubinden oder auch nur zu konsultieren.

Dabei bedroht die zunehmende Kommerzialisierung von Land und Saatgut ihre Existenzgrundlagen.

ProSavana

Eine solche Entwicklungspolitik im Interesse von Agrarkonzernen setzt Kleinbäuerinnen und -bauern zusätzlich dem Risiko aus, von ihrem Land vertrieben zu werden, weil sie dazu führt, dass immer mehr Landflächen für Investoren ausgewiesen werden. Beispiele sind die „Neue Allianz für Ernährungssicherung“, eine G8-Initiative, die Barack Obama 2012 ins Leben rief. „ProSavana“ heißt ein von Japan, Brasilien und Mosambik getragenes Projekt, das Rückenwind von der „Neuen Allianz“ erhält. Es will weite Landstriche Mosambiks zu Schwerpunktregionen für die Entwicklung der industriellen Landwirtschaft machen. Bei den Kleinbäuerinnen und -bauern kommt das gar nicht gut an. So verurteilt die mosambikanische Bauernorganisation UNAC, Mitglied bei La Via Campesina, „vehement jede Initiative, die die Umsiedlung von Gemeinden und die Enteignung von Kleinbäuerinnen und -bauern vorsieht, um Platz für Mega-Landwirtschaftsprojekte mit Monokulturen (Sojabohnen, Zucker-

rohr, Baumwolle etc.) zu schaffen.“ Tatsächlich berichtet die japanische Wissenschaftlerin Funada-Classen bereits von mehreren Fällen von Landkonflikten.

Saatguthandel einschränken

Die Bundesregierung hilft im Rahmen der „Neuen Allianz“ Saatgutkonzernen wie Monsanto, DuPont, Syngenta und Bayer, einen profitablen Saatgutmarkt in Subsahara-Afrika aufzubauen. Dieser Markt ist für sie wirtschaftlich interessant, weil dort bislang rund 80 Prozent des Saatguts aus der eigenen Ernte der Produzent/innen stammen. In Ländern, die das Sortenschutzabkommen des Internationalen Verbands zum Schutz von Pflanzenschutz (UPOV) aus dem Jahr 1991 ratifizieren, können Bauern Saatgut nicht mehr austauschen oder verkaufen, wenn es sich um Saatgut einer geschützten Sorte handelt. Die Zivilgesellschaft in Tansania hat dieses neue Saatgutgesetz deswegen scharf kritisiert: Die Bestimmungen von UPOV 1991 missachteten den Beitrag von Kleinbauern, drängten ihre eigenen Saatgutsorten an den Rand und behinderten Bauern, Saatgut und Zuchtmaterial gewohnheitsmäßig frei zu teilen, auszutauschen und zu verkaufen, heißt es in einer Erklärung vom März 2013 dazu.



Merkel und Müller von den Konzernen vor den Karren gespannt

Foto: Oxfam

Handelspolitik Dampf machen

Aktion des bundesweiten Bündnisses „Unfairhandelbar“

Eine gigantische Kartoffeldampfmaschine von der Mosel. Insgesamt sechsundzwanzig Stunden Autofahrt. Und Gerhard Portz, ein engagierter Bauer und Sprecher der IG-Nachbau. Die Grundlage für eine gemeinsame Aktion des bundesweiten Bündnisses „TTIP unfairhandelbar“ vor dem Brandenburger Tor und der US-amerikanischen Botschaft in Berlin Anfang Mai ist geschaffen. Initiatoren der Aktion gegen die geheim gehaltenen Verhandlungen zu den beiden Handelsabkommen EU mit Kanada und mit den USA sind AbL, IG-Nachbau und Campact. „Es geht um knallharte Interessen“, sagt AbL-Bundesgeschäftsführer Georg Janßen vor rund 150 Teilnehmern der Aktion. „Und darum, ob künftig die Konzerne oder die Zivilgesellschaft und die Bauern über unsere Lebensgrundlagen entscheiden können.“ Im Hinter-

grund dampft die Maschine von Gerhard Portz, in der körbewise Kartoffeln gedämpft und zum Verzehr mit Quark ausgeteilt werden. Gerhard Portz steht in der Menge und sagt: „Wir lassen unsere Lebensgrundlagen nicht patentieren.“ Annette Sawatzki von Campact verweist in ihrer Rede darauf, dass EU-Handelskommissar Karel de Gucht am Vortag die fast 500.000 Unterschriften gegen die geplanten Handelsabkommen damit abgetan habe, er vertrete 500 Millionen EU-Bürger. Die US-Amerikanerin Sherali Sharma von der Organisation „Institut for Agriculture and Trade Policy“ macht Mut und sagt: Sie sei begeistert über die enorme Bewegung in Deutschland und in anderen europäischen Ländern. Auch in den USA wachse der Widerstand. Gemeinsam gebe es gute Chancen, diese Art von Handelsab-

kommen zu stoppen. Für die Bundestagsfraktionen nahmen Heike Hänsel (entwicklungspolitische Sprecherin DIE LINKE), Bärbel Höhn (Bündnis 90/Die Grünen) sowie Wolfgang Tiefensee (wirtschaftspolitischer Sprecher SPD) bei der Aktion Stellung zu den Verhandlungen. Vertreter der Union waren ebenfalls angefragt, hatten aber kurzfristig abgesagt. Im Bündnis „TTIP unfairhandelbar“ haben sich 61 zivilgesellschaftliche Organisationen zusammengeschlossen, um ihren Protest gegen das geplante EU-US-Freihandelsabkommen TTIP zu koordinieren. Die AbL und die IG Nachbau sind Gründungsmitglieder dieses Bündnisses.

Berit Thomsen

Mehr Infos zum Bündnis „TTIP unfairhandelbar“: www.ttip-unfairhandelbar.de

Für die Kleinbauern

Auch über die „German Food Partnership“ hilft das BMZ Agrarkonzernen, sich neue Märkte für ihr Saatgut und ihre Pestizide zu erschließen. Bei Schulungen, die vom BMZ finanziert werden, dürfen Bayer, BASF & Co. ihre Produkte anpreisen. Die nun mit einer Auftaktveranstaltung in Berlin gestartete Kampagne „Keine Entwicklungshilfe für Agrarkonzerne“, welche unter anderem von Oxfam, der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft und dem BUND getragen wird, fordert deswegen, die Förderung von Agrarkonzernen wie Bayer, BASF und Monsanto zu beenden. Stattdessen soll die Bundesregierung Entwicklungshilfe an den Forderungen von Kleinbäuerinnen und -bauern nach Ernährungssouveränität, der Verwirklichung des Menschenrechts auf Nahrung und einer umwelt- und klimagerechten Landwirtschaft ausrichten. Machen Sie mit! Siehe www.oxfam.de/agrarkonzerne.

Marita Wiggerthale, Agrarexpertin bei Oxfam Deutschland

Berlin beschließt: Kein Greening auf dem Acker

Grünland-Umwandlung nur noch mit Genehmigung, keine Wirkung auf dem Acker

Mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD bei Enthaltung der LINKEN und gegen die Stimmen der GRÜNEN hat der Deutsche Bundestag am 22. Mai das Gesetz zur Durchführung der EU-Direktzahlungen in Deutschland beschlossen. Der Bundesrat hat am 13. Juni die letzte Gelegenheit, zu diesem nicht zustimmungspflichtigen Gesetz den Vermittlungsausschuss anzurufen. Dazu wird es aber nicht kommen, denn sowohl die Agrar- als auch die Umweltminister/innen der Bundesländer haben in den entsprechenden Ausschüssen des Bundesrates einstimmig dafür gestimmt, das Gesetz durchzuwinken. Damit steht nun bis auf einige Details fest, wie ab dem 1. Januar 2015 das Greening in Deutschland umgesetzt wird. Dieses Greening galt als ein Herzstück der aktuellen EU-Agrarreform; damit sollten die Direktzahlungen aus der Brüsseler Kasse an einige ökologische Mindeststandards gebunden und somit gegenüber den Steuerzahlern gerechtfertigt werden. In Deutschland wird daraus wohl nichts.

Vorrang für was?

Auf den ökologischen Vorrangflächen, die nach der Brüsseler Vorgabe alle Betriebe mit wenigstens 15 Hektar Ackerfläche im Umfang von fünf Prozent ihrer Ackerflächen im Umweltinteresse nutzen und ausweisen müssen, wird der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Düngemitteln nur auf dem Papier etwas eingeschränkt; für die Praxis ist das ohne Belang: Das Gesetz schließt die Spritze und die Ausbringung von mineralischem Stickstoffdünger allein bei Zwischenfrüchten und Untersaaten, und hier auch nur für die Zeit zwischen Ernte der Vorfrucht und dem 31. Dezember des Antragsjahres, aus. In dieser Zeit wird aber ohnehin nicht gespritzt, sondern der Einsatz von Herbiziden findet im nächsten Frühjahr vor der Einsaat der Folgekultur statt. Und gedüngt wird im Herbst nicht mit Mineraldünger, sondern mit Gülle, das bleibt auch auf diesen „ökologischen Vorrangflächen“ ohne Einschränkung zulässig. Friedrich Ostendorff, Bundestagsabgeordneter der GRÜNEN, sagte in der Bundestagsdebatte: „CDU/CSU und SPD schlagen als Flächennutzung im Umweltinteresse allen Ernstes vor: Der Landwirt baut Mais mit Untersaat an, düngt diese Untersaat, die sogenannte ökologische Vorrangfläche nach der Maisernte mit Gülle, spritzt



Ausgegreent

Foto: Dreiucker/pixelio

die Untersaat im Frühjahr mit dem Totalherbizid Roundup tot und baut dann wieder Mais an. Dafür soll der Landwirt weiterhin 300 Euro pro Hektar von der Gesellschaft bekommen! Was glauben Sie denn, wie lange das noch gutgeht?“ Der agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Franz-Josef Holzenkamp, entgegnete ihm im Plenum mit der Behauptung, das sei „schlichtweg die Unwahrheit“. – Die Praktiker werden zeigen, wer Recht behält. Als ökologische Vorrangflächen werden (neben weiteren) auch Leguminosenflächen anerkannt. Hier gibt es im Gesetz keine Einschränkung von Pflanzenschutz, und sogar eine „Startdüngung“ hat es in den Gesetzestext geschafft: Eine „Startdüngung und Pflanzenschutz nach guter fachlicher Praxis“ müssen zulässig bleiben auch für den Fall, dass in einer noch ausstehenden Bundesverordnung noch Details zu den ökologischen Vorrangflächen festgelegt werden. Auch wenn die Leguminosen auf EU-Ebene mit einem günstigeren Gewichtungsfaktor (0,7, d.h. 1 ha Leguminosen deckt 0,7 ha Vorrangfläche ab) ausgestattet worden sind als die Zwischenfrüchte (0,3), wird sich durch die deutsche Auslegung der EU-Regeln bei den Zwischenfrüchten kein Schub für den Leguminosenanbau ergeben. Der heutige Umfang des Zwischenfruchtanbaus deckt laut bundeseigenem Thünen-Institut ohnehin schon rund 60 Prozent der für die Vorrangflächen erforderlichen Fläche ab. Zudem erkennt das Gesetz als ökologische Vorrangfläche ferner eine „Flächenart“ an, die bisher noch wenig

Beachtung gefunden hat: „Streifen von beihilfefähigen Hektarflächen an Waldrändern“. Was das ist bzw. was das nicht sein darf, dazu legt das Gesetz nichts fest – das wird der schon erwähnten Verordnung überlassen.

Grünland

Neben den ökologischen Vorrangflächen regelt das Gesetz auch die Umsetzung einer weiteren Brüsseler Greening-Vorgabe, nämlich die Verpflichtung, Dauergrünland zu erhalten. Dauergrünland sind vor allem Wiesen und Weiden, die mindestens fünf Jahre lang bestehen. Für die Unterkategorie „umweltsensibles Dauergrünland“, das nicht nur flächenscharf erhalten werden muss, sondern zudem auch nicht gepflügt werden darf, um etwa die Narbe zu erneuern, beschränkt das Gesetz die Kulisse auf die FFH-Gebiete. Damit gelten Gebiete, die nach der EU-Vogelschutzrichtlinie ausgewiesen sind, anders als im Gesetzentwurf nicht als umweltsensibel. Zudem ist im Gesetz die Möglichkeit gestrichen worden, in die Kulisse im Wege einer Verordnung weitere Standorte (z.B. Hochwassergebiete) aufzunehmen. Im Gegenzug hat die Umweltseite der SPD beim allgemeinen Dauergrünland-Erhalt eine erhebliche Verschärfung gegenüber dem Gesetzentwurf durchgesetzt. Nun bedarf ab dem 1.1.2015 jede Umwandlung einer Dauergrünland-Fläche in Nichtgrünland einer Genehmigung durch die zuständige Landesbehörde. Das gilt damit auch in den Bundesländern, in denen bisher kein landesweites Umbruchverbot bzw. keine Genehmi-

gungspflicht besteht. Das Gesetz schreibt vor, dass eine beantragte Umwandlung u.a. dann zu genehmigen ist, wenn in der Prämienregion (Bundesland) eine andere Fläche in mindestens gleicher Größe als Dauergrünland angelegt wird. Ein Ausgleich auf betrieblicher Ebene ist damit nicht erforderlich, womit Dauergrünland regional verschoben, d.h. weiter aus ackerfähigen Regionen verschwinden wird. Außerdem ist eine beantragte Umwandlung etwa in Acker immer (also auch ohne Ausgleich) zu genehmigen, wenn es sich um Dauergrünland handelt, das „ab dem Jahr 2015 neu entstanden ist“. Die Genehmigungspflicht läuft damit mit der Zeit ins Leere. Das gilt umso mehr, als die Verpflichtung zur Wiedereinsaat von umgewandeltem Dauergrünland erst dann einsetzt, wenn der Anteil von Dauergrünland an der gesamten Antragsfläche im Bundesland (bzw. in der Prämienregion) gegenüber dem Referenzjahr 2012 um fünf Prozent abgenommen hat – oder wenn solche Verpflichtungen aus der bisherigen und bis 2016 verlängerten Cross-Compliance-Regelung bestehen. Franz-Josef Holzenkamp von der CDU sagte in der Bundestagsdebatte gleichwohl voraus: „Vorhandenes Grünland muss erhalten bleiben. Bei uns bleibt Grünland Grünland.“

Die EU-Verordnungen haben ein wirksameres Greening ermöglicht. Deutschland macht davon – wie auch bei der Verteilung der Direktzahlungen – bewusst keinen Gebrauch.

Ulrich Jasper

Wie weiter mit der Bioenergie?

Das EEG wird aber dem Ziel Energiewende nicht gerecht

Es stand die erste Lesung zur Reform des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG) an. Dazu hatten der Biogasfachverband zusammen mit dem deutschen Bauernverband zu einer spontanen Demonstration vor dem Bundestag aufgerufen. Etwa 20 Bundestagsabgeordnete aller Fraktionen und 150 Demonstranten waren dem Aufruf gefolgt. Horst Seide, Präsident des Fachverbandes Biogas, machte deutlich, dass die Gesellschaft die Bioenergie mehr brauche als es die Landwirtschaft tut. Biogas ist die einzige Erneuerbare, die verlässlich und kostengünstig Regelenergie bereitstellen kann, wenn kein Wind weht und keine Sonne scheint. Wenn die Bioenergie jetzt, wie im Referentenentwurf des Wirtschaftsministeriums beabsichtigt, abgewürgt würde, wird jede Innovation in diesem Bereich beerdigt. Ein erster Erfolg war sicherlich, dass man die bedarfsgerechte Stromerzeugung weiter wie im EEG 2012 fördern will. Allerdings soll diese Förderung maximal 0,07 Cent der EEG Umlage ausmachen. Diese Entscheidung fiel Anfang April bei einem Treffen mit den Ministerpräsidenten zum EEG 2014.

Blockadefaktor Gabriel

Die Abgeordneten, die der Einladung zur Demo gefolgt waren, standen der Bioenergie offen gegenüber. Eingriffe in den Bestandsschutz, wie sie noch immer im Gesetzentwurf enthalten sind, wurden abgelehnt. Es wurde deutlich, dass sich insbesondere die CSU für Verbesserungen im Gesetzgebungsverfahren stark macht. Die SPD tut sich sehr schwer damit, sich gegen ihren Vizekanzler und Wirtschaftsminister

Sigmar Gabriel, der bekanntlich für das EEG zuständig ist, aufzulehnen. Ein wesentlicher Knackpunkt ist die Einführung einer sogenannten Höchstbemessungsleistung, welche die Vergütung für bestehende Biogasanlagen auf den Stand von 2013 einfrieren soll. Vor genau 30 Jahren gab es so etwas schon mal bei der Milch. Sehr viele Anlagen wären von dieser Regelung betroffen, weil sie in den letzten Jahren noch investiert oder ihre Biogasanlagen verbessert haben und nun keinen Nutzen daraus ziehen können, jedoch die Kosten zu tragen haben. Hier gibt es die Hoffnung auf Seite der Interessenverbände, noch etwas verbessern zu können. Allerdings wird es wohl bei den vorgesehenen Vergütungen für Bioenergie im EEG 2014 so gut wie keine Neuanlagen mehr geben.

Weg von Kohle und Atom

Unter anderem gegen diese Entwicklungen gingen dann noch mal am 10. Mai rund 15.000 Menschen auf die Straße und auf die Spree zu einer Hauptstadtdemonstration. Die gesamte EEG Branche hatte unter dem Motto „Die Energiewende nicht kentern lassen“ aufgerufen und forderte eine echte Wende in der Energiepolitik, nämlich weg von Kohle und Atomkraft. All die Demonstrationen der letzten Monate haben gezeigt, dass die Bürger verstanden haben, dass es diese Regierung mit der Energiewende nicht so eilig hat und den Ausstieg aus der Kohlekraft scheinbar gar nicht verfolgt. Wir werden sie immer wieder erinnern müssen.

Martin Schulz,
AbL-Bundesvorstand

Im Osten viel Neues

In Sachsen hat sich das Bündnis „Meine Landwirtschaft“ aus Bauern-, Umwelt- und Verbraucherorganisationen gegründet und ruft zur Demo am 5. Juli in Dresden auf. Im Vorfeld der Landtagswahlen Ende August wollen „Erzeuger und Verbraucher gemeinsam für gutes Essen und eine zukunftsfähige, umweltverträgliche, tierfreundliche und gerechte Landwirtschaft in Sachsen“ auf die Straße gehen. Auch in Brandenburg gibt es nach der Sommerpause Mitte September Landtagswahlen. Dort sorgt immer wieder das Bündnis für eine Agrarwende für Schlagzeilen mit seiner Volkabstimmung gegen Massentierhaltung. Über 10.000 Unterschriften hat das breite gesellschaftliche Bündnis bereits gesammelt. In beiden Bundesländern reagieren politisch Verantwortliche und Bauernverband nicht erfreut auf die kritischen Stimmen gegenüber ihrer (Verbands-) Politik. pm

Ärzte gegen Massentierhaltung

Bundesweit haben sich Ärzte und Mitarbeiter im Gesundheitswesen zur „Initiative gegen Massentierhaltung“ zusammengeschlossen. Mehr als 250 Erstunterzeichner unterschrieben ein Positionspapier, das nun der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Darin fordern sie eine tiergerechte Haltung in bäuerlichen Betrieben, schärfere Kontrollen und Sanktionen beim Antibiotika-Einsatz, die Reservierung wichtiger Reserve-Antibiotika für die Humanmedizin und eine verstärkte Forschung. Die Initiative weist darauf hin, dass in Gegenden mit einer hohen Dichte von Massentierhaltungsställen bereits bis zu 30 % der MRSA-Keime bei Hochrisikopatienten aus dem Landwirtschafts- und Schlachthofbereich stammten. Hähnchen- und Putenfleisch seien zwischen 22 und 42 % mit ESBL- oder MRSA-Keimen befallen. Antibiotika erhielten 76 % der Schweine und 83 % des Mastgeflügels. Die Landwirte stünden unter großem Kostendruck und seien in Abhängigkeiten von der Futtermittelindustrie und den Großschlachthöfen. Weil die Tiere in extremer Enge gehalten werden sei die Haltung nur mit einer Antibiotika-Dauerbehandlung möglich. pm

Lobbyarbeit für mehr Gentechnik

Die Organisation GeneWatch aus England hat ein Strategiepapier des Dachverbands europäischer Biotechnologie-Konzerne veröffentlicht. Es zeigt, wie die Industrie Einfluss nimmt. So heißt es dort, zwar hätte es durch die sog. „technische Lösung“ bei der Nulltoleranz für nicht zugelassene gentechnisch veränderte Pflanzen in Futtermitteln, aber auch durch schnellere Zulassungen von GMO-Importen Fortschritte gegeben. Allerdings sieht der Lobbyverband in vielen Bereichen erheblichen Handlungsbedarf. Um Druck aufzubauen und Kompromissbereitschaft bei den Mitgliedstaaten zu erreichen schlug er verschiedene Maßnahmen vor, die z.T. bereits umgesetzt worden sind: Die EU solle GMO-Pflanzen für den Import und den Anbau zur Zulassung vorschlagen und diese genehmigen, wenn es keine qualifizierte Mehrheit im Parlament gebe. Tatsächlich hat EU-Kommissar Borg im November 2013 den GV-Mais 1507 zur Zulassung vorgeschlagen und auch den angeblichen juristischen Handlungsdruck immer wieder deutlich gemacht. av

Weiterhin Gentechnik-Enthaltungen

Obwohl die „Enthaltung“ Deutschlands bei der Abstimmung zum europäischen Anbau des Gentechnik-Mais 1507 bundesweit für große Empörung gesorgt hat und dies auch die Diskussion um nationale Anbauverbote wieder entfacht hat, scheint die Frage des Abstimmungsverhaltens der Bundesregierung bei neuen Gentechnik-Pflanzen ungeklärt. Bei einer Abstimmung Ende April über eine Soja von Monsanto und einen Mais von Bayer kam es zum Patt auf EU-Ebene. Ende Februar wurde über die gentechnisch veränderte Raps-Sorte GT73 der Firma Monsanto abgestimmt. Beide Male hat sich Deutschland enthalten und so dazu beigetragen, dass sich keine qualifizierte Mehrheit gegen die Zulassungserweiterung gefunden hat. Der Bundesvorstand der AbL hat die Koalition mehrfach aufgefordert, bei Gentechnik-Zulassungsanträgen mit einem klaren Nein zu stimmen. av



12.000 wollen die Energiewende in Berlin nicht kentern lassen.

Andreas Conradt / PubliXviewingG

Mehr Schweine für Entwicklungsländer

Exporte in arme Länder massiv gestiegen – Masse statt Qualität

Perlen für die Industrie

Pünktlich zu den laufenden Verhandlungen zum geplanten Abkommen zwischen der EU und den USA verkündet die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA), dass sie die Behandlung von Geflügelschlachtkörpern mit organischer Säure als unbedenklich einstuft.

Das ginge aus einem neuen Gutachten der Behörde hervor, in dem sie einen Zulassungsantrag bewertet. Der Antrag und das EFSA-Gutachten sind mit dem geplanten transatlantischen Abkommen in Verbindung zu bringen.

Denn auf der geheim gehaltenen aber bereits geleakten Verhandlungsliste steht an vorderster Stelle die Harmonisierung der Standards.

Darunter ist u.a. zu verstehen, dass beispielsweise das Besprühen von Geflügel mit Chlor in den USA erlaubt ist, in der EU aber noch verboten wird.

Eine Harmonisierung könnte in diesem Fall bedeuten, dass dieser Prozess auch in der EU erlaubt wird und/oder die Importe von chlorbehandeltem Geflügel aus den USA möglich werden. Zwar sind organische Säuren kein Chlor, aber in der EU darf bis dato Geflügelfleisch nur mit Trinkwasser behandelt werden. Durch das Besprühen von Fleisch mit organischen Säuren oder Chlor können im Schlachtvorgang Verunreinigungen überdeckt werden. Wer sauber arbeitet, braucht die Chemie nicht. Durch den Einsatz von Chemie wird es möglich sein, die Schlachttaktung im industriellen Sektor zu erhöhen. *bet*

Russland oder China stehen hauptsächlich auf der Liste der großen deutschen und europäischen Exporteure von Schweinefleisch. Das wird von interessierter Seite auch immer wieder hervorgehoben. Verschwiegen wird dennoch, dass Länder insbesondere mit niedrigem Einkommen pro Kopf und Tag bedenkenswert rasch auf die Liste dieser Exportindustrie rücken. Mit Hilfe eines eigenen Berechnungssystems hat die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) Daten ermittelt, die die Entwicklung der Drittland-Exporte aufgeteilt nach Länder-Einkommensklassen darstellen. Demnach sind die europäischen Exporte von Schweinefleisch im Zeitraum von

2000 bis 2011 am meisten in Länder mit niedrigem Einkommen gestiegen, also bis zu 1,025 US\$ pro Kopf und Tag. Die Zunahme liegt bei fast 270 Prozent. Bei den deutschen Drittland-Exporten ist die Zunahme wesentlich gravierender und beträgt für denselben Zeitraum in dieselbe Länder-Einkommensregion knapp 6.500 Prozent. Nach Subsahara-Afrika haben die deutschen Exporte von Schweinefleisch, bezogen auf Tonnen, in dem Analysezeitraum sogar um knapp 8.500 Prozent zugelegt. Auf jeden Fall lassen diese Daten den Schluss zu, dass die Exportindustrie keinen Halt vor Entwicklungsländern macht. Die europäische Handelspolitik, die bekanntlich an der Öffentlichkeit und

Politik vorbei von der Industrie gestaltet wird, unterstützt diese Entwicklung noch, indem durch neue Abkommen Marktöffnungen in armen Länderregionen erwirkt werden.

Schweineschnauzen, Bäuche oder Schwänze sind die Renner im Exportgeschäft. Von 2000 bis 2011 sind die europäischen Exporte von genießbaren Schlachtnebenerzeugnissen am meisten gestiegen und betragen fast 350 Prozent. Aus Deutschland werden im Jahr 2011 am meisten Schlachtnebenerzeugnisse (316.670 Tonnen) exportiert, gefolgt von unverarbeitetem Schweinefleisch (312.410 Tonnen). Hochwertige weiterverarbeitete Produkte, wie Wurst oder Konserven, werden kaum exportiert. Die Wertschöpfung pro Einheit liegt für Schlachtnebenerzeugnisse bei 0,99 Euro je Kilogramm (2011) und ist niedriger als für unverarbeitetes Schweinefleisch, das eine Wertschöpfung von 2,06 Euro je kg aufweist. Diese Entwicklung führt dazu, dass durch den steigenden Anteil von weniger hochwertigen Schweinefleisch-Produkten die Wertschöpfung im Exportgeschäft sinkt.

Berit Thomsen

Die Studie: System billiges Schweinefleisch herausgegeben von der AbL mit Unterstützung von Brot für die Welt und Misereor unter: www.abl-ev.de/themen/fairerwelthandel/materialien



Schweine in aller Welt

Foto: Nagel/Brot f. d. Welt

Neuland mit Geflügel

Nach dem Betrugsfall geht es um grundsätzliche Neuerungen

Wir sind dabei unsere Hausaufgaben zu machen, müssen unser Programm überprüfen“, sagt Neuland-Bauer Martin Steinmann. Er ist für die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) im Vorstand des Neuland Vereins und hält selbst 350 Mastschweine und 1.500 Legehennen nach dessen Richtlinien. Diese Überprüfung sei letztlich ein Prozess, der schon vor dem Aufblühen des Betrugs eines ehemaligen Neuland-Hähnchenmästers in Niedersachsen in Gang gesetzt worden war, so Steinmann. Man habe schon vorher gemerkt, dass man etwas neu organisieren müsse. Zwar sind bei der, als Konsequenz aus dem Betrugsfall, vom Verein veranlassten unabhängigen Kontrolle des Vermarktungsbetriebs in Bad Bevensen keine Unregelmäßigkeiten gefunden worden, aber künftig sollen Zahlenabgleiche bei den Warenflüssen vorbeugende Transparenz und Sicherheit schaffen. Gleichzeitig hat sich Neuland eine grundsätzliche Neustrukturierung

des eigenen Geflügelbereichs vorgenommen. Kein leichtes Unterfangen, schließlich arbeitet die konventionelle Geflügelhaltung seit Jahren in industriellen Strukturen, extrem arbeitsteilig auf Kosteneffizienz getrimmt mit Tierrassen, die schon qua ihrer Genetik kaum für alternative Haltungsmethoden geeignet sind.

Kein bäuerliches Wissen

Hinzu kommt, sagt Martin Steinmann, dass es kein „gestandenes bäuerliches Wissen“ zur Geflügelhaltung mehr gebe. Die Industrie habe leichtes Spiel gehabt, es meist den Bäuerinnen aus der Hand zu nehmen, da der Bereich oft gering geschätzt wurde, die wortführenden Männer befassten sich eher mit großen Maschinen, Treckern, Bullen, so Steinmann. Will nun Neuland, wie jetzt geplant, eine eigene Erzeugungskette im Geflügelbereich aufbauen, muss wahrlich Neuland betreten werden. Erst einmal gilt es überhaupt Betriebe zu finden, die bereit sind,

unabhängig von der industriellen Rundumsorglos-Produktion, artgerecht Küken aufzuziehen und zu mästen. Immerhin gibt es inzwischen eine Brüterei, die auch mit der von Neuland gewünschten, langsamer wachsenden und robusteren Rasse jenseits der Qualitätsindustriehähne arbeitet.

Mehr Möglichkeiten

Der Erfolg wird am Ende ein nachhaltiger sein, davon ist Steinmann überzeugt. Bestes Beispiel sind die viel diskutierte Schweineschwänze. „Das ist nicht unser Problem“, sagt Steinmann, selbst wenn Schwanzbeißen mal vorkomme, könne man anders darauf reagieren als die konventionellen Schweinehalter. Man habe mehr Möglichkeiten, wie beispielsweise zusätzliche Strohgaben, so dass sich das Ganze meist nach ein, zwei Tagen wieder erledigt habe. Zugute kämen Neuland da auch die kleineren Bestände, die notorische Beißer schneller erkennbar machten. *cs*

Eine SoLaWi für Bonn

Wenn Menschen beginnen, sich für die Herkunft ihrer Lebensmittel zu interessieren

Energie sparen, Regionalität stärken, Solidarität leben. Im Jahr 2011 machten sich Menschen in Bonn auf den Weg, die Stadt, die Gesellschaft und die Wirtschaft zu verändern. Der Prozess Transition Town wurde ins Leben gerufen. Vielfältige Initiativen bildeten sich und beschäftigten sich mit Permakultur und dem Gärtnern in der Stadt. Sie haben ein Repair Cafe gegründet und, ganz neu, einen verpackungsfreien Laden eröffnet. Und sie haben sich gefragt, wie eine nachhaltige Lebensmittelversorgung aussehen muss. Damit war der Weg zur Gründungsveranstaltung der SoLaWi Bonn bereitet. Auf einer ersten Infoveranstaltung im Februar 2011 ging es auch darum, deutlich zu machen wo die Unterschiede zu einer Gemüsebox sind. Hier sollte ein Gemeinschaftsprojekt entstehen, in dem Gerechtigkeit, Unabhängigkeit und Autonomie zentrale Säulen bilden. Es ging um Verantwortung für den anderen, den Bauern, den Boden, die Lebensmittel. Mit der Gründung im November desselben Jahres begann die Zusammenarbeit mit einem Hof am Stadtrand von Bonn. Vieles schien gut, und doch machten sich schnell erste Probleme bemerkbar. Der Betriebsleiter war oft nicht vor Ort, die Mitarbeiter überfordert. Zuständigkeiten waren nicht eindeutig besprochen, die Verantwortung ungeklärt. Der Betrieb, ehemals mit wenigen Kühen und Acker, drohte im Anspruch nach Vielfalt unterzugehen.

Solidarität auch im Scheitern
Überforderung auf der einen und Ent-



„Was gehört für dich zur Solidarischen Landwirtschaft?“ Auf dem Gründungstreffen der SoLaWi-Bonn

Foto:Maschowski

täuschung auf der anderen Seite. Und dann sind auch noch die Einlagen der Mitglieder bedroht. Beste Voraussetzungen für einen heftigen Streit. Aber etwas ganz anderes passierte. Die Gruppe hält zusammen, sucht nach Lösungswegen. Viele packen mit an, wenn es darum geht, das Gewächshaus ab- und aufzubauen. Wenn alle in Zucchini zu ertrinken drohen, findet sich eine Frau und kocht Marmelade – in drei verschiedenen Variationen, 80 Gläser. Es geht darum die Solidarität auch jetzt, in der Krise, nicht aufzugeben. „Wir haben es geschafft, uns zu einigen“ sagt Gesa Maschkowski rückbli-

ckend „Jeder hat seine Einlage wieder zurückbekommen.“ Aber es hat Kraft gekostet. Einige aus der Kerngruppe haben sich zurückgezogen. „Es war eine Lernerfahrung“, ist die Zusammenfassung von Gesa Meschkowski. „Wir gründen eine SoLaWi“ sei eben nicht ein Prozess sondern drei: Verbraucher einigen sich – Verbraucher und Landwirt einigen sich – der Landwirt organisiert den Hof nach den neuen Anforderungen. Drei Prozesse, die in unterschiedlichen Gruppen ganz eigene Dynamiken entwickeln können.

Im Ende der Neubeginn

Zur offiziellen Abschlussveranstaltung im Januar 2014 kamen zur Überraschung noch 50 Menschen. Ein schweres Jahr lag hinter der Gruppe, doch es war auch ein Zusammenhalt gewachsen und der Prozess nicht zu Ende. Der Blick nach vorn, die Suche nach der eigenen Position ging weiter: Was wollen wir? Viel oder wenig selber machen oder „nur“ eine Abokiste? Und dann die Suche nach einem neuen Hof. Diesmal mit der Gewissheit, dass es den optimalen SoLaWi-Hof nicht gibt. Er erst in gemeinsamem Tun entstehen, wachsen muss. Und vieles hatte man ja schon entwickelt und organisiert: Die verschiedenen Depots innerhalb von Bonn waren aufgebaut, so wie bei den Jungs von der Schreinerei standen Räumlichkeiten als Abholort zur Verfügung. Inzwischen ist mit dem

Hanfer Hof von Bernd Schmitz auch ein Betrieb gefunden, der von seiner Einstellung zu passen scheint. Nach seiner Umstellung auf ökologische Wirtschaftsweise sieht Bernd Schmitz in der SoLaWi einen weiteren Schritt zur Qualitätssteigerung. Qualität nicht nur der Produkte, sondern auch der Arbeit, des Miteinanders, des Umgangs mit Natur und Boden. Aber auch die Verteilung des Risikos auf eine große Gruppe ist ein Qualitätsgewinn. Bisher gab es auf dem Hanfer Hof vor allem Milchkuhe. Jetzt geht es darum, die Vielfalt auf den Hof zu bringen. In diesem Jahr hat Bernd Schmitz Kartoffeln angebaut. Es gibt auch schon ein Stück Land für Gemüse. Hühner sind in Planung, auch Beerensträucher wären schön. „Wir starten ganz entspannt, weil wir es langfristig anlegen“, fasst Gesa Maschkowski die Stimmung in der Gruppe zusammen. Der Hanfer Hof stellt sich den neuen Herausforderungen. „Ich werde jetzt wieder zum Lehrling“, berichtet Bernd Schmitz selbstsicher. Ein Freund mit eigener Biolandgärtnerei, steht als Berater zur Seite. Und es gibt eine gute Vernetzung zwischen den SoLaWi-Betrieben, stellt Bernd Schmitz fest. Erste Gespräche mit dem Kattendorfer Hof bei Hamburg oder der Austausch mit dem Buschberghof, einem der ersten SoLaWi-Betriebe in Deutschland, seien von Offenheit und gegenseitiger Unterstützung geprägt.

Die Andere

Und dann gibt es da ja auch noch die andere SoLaWi in Stopperich, ca 45 km südlich von Bonn. Ganz frisch sind hier die ersten Erfahrungen. „Es war eine Hauruck-Geburt“ sagt Jürgen Kröll vom Naturhof Stopperich. Innerhalb von dreieinhalb Monaten ist die SoLaWi entstanden. Möglich war das nur weil es viele Menschen gab, die sich immer wieder eingebracht haben, Veranstaltungen organisierten, Papiere studierten und verfassten. Jürgen Kröll scheint noch immer überrascht. Er ist froh, mit seinem Betrieb aus den Zwängen des Marktes zu kommen. Aber natürlich ist es auch eine riesige Umstellung. Wir haben immer wieder viele Menschen auf dem Hof. Reden viel miteinander, müssen die beste Lösung finden. Bisher gab es auf dem Naturhof vor allem Milchkuhe. Wie auch Bernd Schmitz hat Jürgen Kröll Milch von der Mobilen Käserei verarbeiten lassen. Jetzt werden beide Betriebe vielleicht nach einer gemeinsamen Lösung suchen. Die beiden SoLaWi's kooperieren schon, zumindest was die Nutzung der Depots anbetrifft. Bei der Bierrunde waren es 35 Menschen. Inzwischen sind es 40 und man hofft auf 50. Vor allem Hinrich Jacob, der den Gemüsebau übernommen hat, wünscht sich weitere Mitglieder. „Wir haben über die Einlagen der Mitglieder versucht, die Investitionen abzudecken. Aber 200 Euro sind knapp.“ sagt Hinrich. Der Traktor muss noch ein bisschen warten, dafür gibt es einen gebrauchten Folientunnel. Und dann kommen endlich die Tomaten und Zucchini.

Konzerne profitieren – Menschen verlieren

Anlässlich des zentralen Jahreskongresses der Paneuropa-Union im bayrischen Altötting Anfang Mai übergaben Edith Lirsch, Gertraud Gafus (AbL-Bayern) und Andreas Remmelberger (Agrarbündnis Inn-Salzach) eine Resolution an EU-Kommissar Günther Öttinger und Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt zum geplanten transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP. In der Resolution wird unter anderem gefordert, dass die Verhandlungen hinter verschlossenen Türen sofort beendet werden und dass der Agrarsektor nicht weiter industrialisiert werden soll. Sonderklagerechte für Konzerne, Investoren mit geheimen Schiedsgerichten und einer Schattenjustiz dürfe es nicht geben. Konzerne profitieren – Menschen verlieren – nicht mit uns! Die Resolution wird u.a. unterstützt vom Agrarbündnis BGL-TS, BDM und dem BUND Naturschutz in Bayern. *bet*

Zur Resolution: www.abl-bayern.info

Bäuerliche europäische Abgeordnete

Die Europawahlen mit ihren Zugewinnen vor allem bei kleineren Parteien am rechten und euroskeptischen Rand bringen auch Veränderungen unter den Agrarpolitikern. Erfreulich hebt sich da ab, dass nunmehr drei ausgewiesene Interessensvertreter für den Erhalt einer bäuerlichen Landwirtschaft den Einzug oder Wiedereinzug in das EU-Parlament geschafft haben. Da ist zum einen der wiedergewählte hessische grüne Abgeordnete, Biobauer und Abler Martin Häusling, der ja nun schon als alter Hase weiß, wie selbiger in Brüssel läuft. Hinzu kommen zwei Neueinsteigerinnen: die ehemalige SPD-Landtagsabgeordnete und bayerische Ablerin Maria Noichl und die bisherige AbL-Bundesvorsitzende Maria Heubuch. Die Allgäuer Milchbäuerin zieht für die Grünen ins EU-Parlament ein. Ihr AbL-Vorstandskollege Bernd Voß betonte vor dem Hintergrund der erweiterten Kompetenzen des EU-Parlaments die Wichtigkeit der Interessensvertretung moderner bäuerlicher Betriebe. *cs*

Soziale Gerechtigkeit

Im Bündnis mit 17 weiteren Organisationen hat die AbL einen Aufruf unterzeichnet, um mögliche Einschränkungen beim Mindestlohn zu verhindern. Jugendliche und Langzeitarbeitslose aufgrund ihres Status für die gleiche Arbeitsleistung schlechter zu stellen, sei ein verheerendes gesellschaftspolitisches Signal, weil es die Arbeitsleistung dieser Menschen als minderwertig feilbiete, so die Verbände. AbL-Bundesgeschäftsführer Georg Janßen betonte, es gehe beim Mindestlohn um soziale Gerechtigkeit und sozialen Frieden. *pm*

GMO freier US-County

Im US-Bundesstaat Oregon liegt im Süden, an der Grenze zu Kalifornien, Jackson County. In der gesamten Region gibt es viele Bio-Bauern, das feuchte, milde Klima ist ideal für den Gemüseanbau und die Saatgutproduktion. Nachdem bekannt wurde, dass der Agrarchemiekonzern Syngenta in Jackson County gentechnisch veränderte Rüben anbaut, fürchteten die Bio-Farmer eine Kontamination ihrer Gemüsegelder und forderten ein Verbot für den Anbau von GMOs im gesamten Landkreis. Ein Bürgerentscheid Ende Mai machte es amtlich: Jackson County wird GMO frei. Farmer, die gentechnisch veränderte Alfalfa, Rüben oder Mais anbauen, dürfen die diesjährige Ernte noch einbringen, aber in Zukunft nichts davon mehr anbauen. Viele konventionelle Bauern sind empört und fürchten um ihre wirtschaftliche Existenz. Die Bio-Bauern hoffen, dass das GMO Verbot von Jackson County Vorbildcharakter hat, und in Oregon nun auch die Kennzeichnungspflicht bei Lebensmitteln einen Schritt näher rückt. Die Kampagne und die Abstimmung habe, kommentierte die Zeitung *The Oregonian* allerdings, bei Befürwortern und Gegnern der Gentechnik tiefe Wunden hinterlassen denn die GMO Diskussion sei eine Grundsatzdebatte über die Richtung, die die US Landwirtschaft in Zukunft einschlagen werde. *ml*

Kirchenland in Bauernhand

AbL Thüringen demonstriert gemeinsam mit Luther und Korbinian

Wenn morgen die Welt unterginge ...
... würde ich heute noch ein Apfelbäumchen pflanzen, soll Martin Luther gesagt haben.

Auch wenn diese Zuschreibung nicht wirklich belegt ist, hat doch die Landesbischöfin der evangelischen Kirche Mitteldeutschland, Ilse Junkermann, am 16. April gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) Thüringen ein Zeichen gesetzt und einen Apfelbaum gepflanzt. Mitten in einer ausgeräumten Landschaft mit Riesenschlägen in Monokultur hatte die evangelische Landeskirche eine Stelle am Rande einer ca. drei Hektar großen Erstaufforstungsfläche bei Legefild ausgesucht. Dort soll ein standortgerechter und naturnaher Wald mit überwiegend heimischen Laubbäumen, wie Berg-, Spitz- und Feldahorn, Traubeneiche, Winterlinde, Wildkirsche und Elsbeere, entstehen. Am Waldrand wurden Obstgehölze und Sträucher gepflanzt. Kaum dass alle vor Ort waren, begann sofort das Fachsimpeln. Die Obstbäume waren zu dicht an den Waldrand gepflanzt, sie hatten keine Baumscheiben und zwischen den Bäumen wuchsen Weißdornbüsche, die den Bäumen die Luft nehmen und das Ernten der Früchte erschweren. Die Verantwortlichen der Landeskirche versprachen Abhilfe.

Kirchenland in Bauernhand

Angefangen hat die Geschichte allerdings viel früher. Schon lange setzt sich die AbL Thüringen unter dem Motto „Kirchenland in Bauernhand“ für eine Verpachtung von Kirchenland unter Berücksichtigung ethischer Kriterien ein. Über eine landwirtschaftliche Fläche von 80.000 ha verfügen die Landeskirchen in Ostdeutschland. Damit könnte so manchem bäuerlichen Betrieb geholfen und so manchem Jungbauern die Neueinrichtung ermöglicht werden. „Es ist nicht akzeptabel, dass die Kirche von der Kanzel die Bewahrung der Schöpfung predigt und anschließend ihr Land an die Agrarindustrie verpachtet, die das Bodenleben zerstört, das Grundwasser mit Nitrat und Pestizidrückständen verseucht und ihre Tiere mit Gensoja aus den armen Ländern dieser Welt mästet,“ brachte Michael Grolm, der Sprecher der AbL Thüringen auf einer Trecker-Demo vor dem Tagungsort des Kirchenparlamentes, der sogenannten Synode, in Erfurt das Anliegen der AbL auf den Punkt. Auf dieser Demo im November des vergangenen Jahres erhielten alle Synodalen ein kleines Apfelbäumchen zum pflanzen auf eine Kirchenfläche geschenkt. Als dann die

Bischöfin eintraf und Michael Grolm ihr das Bäumchen überreichte, fragte er, ob sie das Bäumchen nicht gemeinsam pflanzen wollten und Frau Junkermann sagte spontan zu. Daraus entstand dann der Termin für die Pflanzaktion im April.

Korbiniansapfel am Tag der Landlosen

Bis dahin diskutierte die AbL Thüringen ausführlich ein Papier, das am Tag der Pflanzaktion an die Landesbischöfin übergeben wurde. Es handelt sich um Vorschläge zur Verbesserung des Kriterienkataloges nach dem die evangelische Kirche in Mitteldeutschland die Landverpachtung regelt. Die AbL schlägt vor, Kriterien wie ökologische Bewirtschaftung und Gentechnikfreiheit in die Bewertung einzubeziehen, aber auch Hofübernahmen oder Neugründungen durch junge Leute zu fördern, indem das Kriterium der Ortsansässigkeit auf zuziehende Familien bzw. Neueinrichter erweitert wird. (Das Papier kann bei der AbL Thüringen angefordert werden.) Frau Junkermann sagte zu, den Kriterienkatalog im Rahmen eines Fachgespräches mit Vertretern der AbL Thüringen zu überarbeiten.

Gepflanzt wurde am 16. April, dem internationalen Tag der Landlosen, übrigens ein Korbiniansapfel. Diese Apfelsorte züchtete der katholische Priester Korbinian Aigner während seiner Internierung im KZ Dachau. Dorthin war er wegen aktiven Widerstands gegen die Nazis 1941 deportiert worden.

Olaf Möller, AbL Thüringen



Ein Apfelbaum für die Zukunft Foto: Moeller

Betriebsspiegel:

ein Bienenvolk in der Bienenkiste
zweite Bienenkiste im Bau

15 ha Acker (Getreide, Futterbau,
Feldgemüse, Kartoffeln)
45 ha Grünland
30 Milchkühe plus Nachzucht

Ich sitze im Garten vor meiner Bienenkiste und beobachte die Bienen meines ersten eigenen Bienenvolkes! Es ist warmes Wetter, am Flugloch ist emsiges Treiben und ein großes Kommen und Gehen, äh ich meine natürlich Fliegen. Aber jetzt erst mal der Reihe nach, wie alles begann: Noch vor einem halben Jahr hätte ich mir nicht träumen lassen

mal ein eigenes Bienenvolk zu betreuen. Klar wusste ich damals schon, welche Schlüsselrolle die Biene in unserer Umwelt einnimmt und dass es ihr in den letzten Jahren immer schlechter ergangen ist. Der massive Spritzmitteleinsatz in vielen Ackerkulturen, die aus Asien eingeschleppte Varroamilbe, Beizmittel, das in der Luft statt am Saatgut landet, und viele andere durch den Menschen verursachte Umweltbelastungen machen ihr das Leben schwer. Als Landwirt sah ich mich zwar schon immer in der Verantwortung, die Bienen wo es geht zu unterstützen, aber selber zu imkern erschien mir doch viel zu kompliziert und zeitaufwendig.

Doch über die Wintermonate änderte sich mein Blick auf die Imkerei. Ich informierte mich über verschiedene Formen des Imkerns und stieß auf den Ansatz der „wesensgemäßen Bienenhaltung“. Dies führte mich zur Bienenkiste, ein Beutensystem, bei dem die Eingriffe am Bienenvolk auf das Nötigste reduziert werden und die Honiggewinnung eher im Hintergrund steht. Also ein Konzept, welches dem Bienen-Interessierten leicht ermöglicht, mit wenig Aufwand selbst Bienen zu halten, diese aber trotzdem fachgerecht versorgt werden können. Nach meinem ersten Kurstag

„wesensgemäße Bienenhaltung“, entschied ich mich direkt eine Bienenkiste zu bauen. Das Bienenfieber hatte mich gepackt! Ich bestellte das Material und erkundigte mich bei einem befreundeten Imker aus dem Nachbardorf, ob ich von ihm einen Schwarm bekommen könnte, falls seine Völker ausschwärmen würden. Und die Bienen waren dieses Jahr früh dran mit dem Schwärmen. Noch bevor ich meine Bienenkiste ganz fertig gebaut hatte kam der Anruf aus dem Nachbardorf! Zum Glück bleibt der Schwarm in der Regel nach dem Einfangen eine Nacht im Keller, um sich zu beruhigen. So konnte ich in einer Hauruck-Aktion meine Bienenkiste über Nacht noch fertig bauen und das Volk am folgenden Tag einlogieren.

Mein Weg zu den Bienen

Als ich vor knapp zwei Jahren die Ausbildung zur Landwirtin anfang, wollte ich wissen, was Landwirtschaft heute bedeutet, wie ist es, direkt in der Natur zu arbeiten, von Boden- und Witterungsbedingungen abhängig zu sein. Wie können wir uns versorgen und mit der Umwelt arbeiten, ohne nachhaltige Schäden zu hinterlassen? Welchen Einfluss haben menschliche Faktoren wie Wirtschaft und Politik? Wie sieht das alles aus der Perspektive von Bauern aus?

Mein Einstieg war eine Demeter-Hofgemeinschaft mit vielfältigem Ackerbau, Tierhaltung und Marktwagen, dazu Gärtnerei, Backstube und Hofladen. Ein Rundumschlag in Sachen Betriebskreisläufe und Zusammenleben, ein Ort, an dem ich gute Freunde gefunden und viel gelernt habe und gelegentlich eine Überforderung. Zum einen wollte ich so schnell wie möglich alles mitmachen, Trecker fahren, Schweine füttern, Marktstand aufbauen..., zum anderen fehlten immer wieder Arbeitskräfte, um mehr als die Versorgung der Tiere und die Direktvermarktung zu schaffen.

In der Berufsschule war ich die einzige auf einem Bio-Betrieb und damit als eine von drei Frauen eine doppelte Ausnahme. Ich habe viele Witze über Biobauern gehört, aber oft stand dahinter echtes Interesse an einer Wirtschaftsweise, die fast alle nur vom Hörensagen kannten – so wie ich Rapsanbau, Pflanzenschutzmittel und Schweine im „geschlossenen System“. Oft fehlte mir selber noch das Wissen, wie man denn verhindert, dass Ferkel totgelegen werden und wie es ohne Fungizide geht. Hinzu kam, dass ich nur einen Hof wirklich kannte und manchmal nicht sicher war, welche Methoden einem tiefen Verständnis für biologische Kreisläufe geschuldet waren und welche dem Zeitmangel. Da hätte ich mir im Unterricht wenigstens eine Einführung zum Ökolandbau gewünscht, um eine gemeinsame sachliche



Christian Bayer, Unterlengenhardt

Viel gelernt

Gesprächsgrundlage zu haben und zu zeigen, dass ich nichts völlig Fremdes, Abgedrehtes lerne, sondern ernstzunehmende Landwirtschaft. Immerhin haben wir die Fruchtfolgeplanung, auch in Bezug auf vermeidbare Getreidekrankheiten und sogar Humusbilanzen behandelt – und eine reine Mais-Fruchtfolge ging nicht als gute fachliche Praxis durch.

Im letzten Lehrjahr war fast alles anders. Zunächst der Hof, Ackerbau auf einem Familienbetrieb mitten im Dorf, viel Austausch mit konventionellen Nachbarbetrieben, nicht mehr die Wärme der Tiere, wenn es morgens losgeht und die Mitlehrlinge aus der Gärtnerei, dafür Zeit für die junge AbL, entspanntere Arbeitszeiten und die Schule.

Niedersächsische Auszubildende, die das dritte Lehrjahr auf einem Bio-Betrieb verbringen, können sich in sieben Wochen Blockunterricht, anstelle der normalen Berufsschule, auf ökologische Landwirtschaft spezialisieren. Lehrer der Justus-von-Liebig-Schule in Hannover bereiten auf die staatliche Abschlussprüfung vor,

inklusive Mineraldüngern und konventionellen Herbizidwirkstoffen, aber die Schwerpunkte sind u. a. Körnerleguminosen, Zwischenfrüchte, Tierhaltung nach Bio-Richtlinien, Kompostierung und betriebswirtschaftliche Vergleiche zwischen verschiedenen Anbauformen, um nur einige zu nennen. In der überschaubaren Runde von 18 (fast immer) interessierten SchülerInnen gibt es meistens ein lebhaftes Unterrichtsgespräch, der Stoff hat direkt mit unseren Ausbildungsbetrieben zu tun, wir können vergleichen und Erfahrungen austauschen. Das Wichtigste daran ist für mich die Gemeinschaft, die durch diese Wochen entstehen konnte. Wir bedauern zwar, dass durch die ausgelagerte Klasse noch weniger Gespräche mit anderen Lehrlingen stattfinden – immerhin haben vier Mitschüler konventionell bewirtschaftete Höfe in der Familie, drei wollen sie so weiterführen – aber für uns überwiegen die Vorteile. In einer Gruppe von Gleichgesinnten können wir ökologische Wirtschaftsformen viel besser verstehen lernen und anschließend besser begrün-

den. Wir können offen über die Probleme auf den Höfen sprechen, ohne „Bio“ pauschal rechtfertigen zu müssen und diskutieren, wie pfluglos ohne Herbizide gehen könnte und was eigentlich einen guten Bauern ausmacht.

Für mich war die Ausbildung eine sehr wertvolle Zeit, ich weiß dadurch, was mir wichtig ist und gehe „geerdet“ ins Studium. Mehr als die Frage, was Landwirtschaft ist, interessiert mich mittlerweile, wie wir Landwirtschaft betreiben wollen. Vor allem wir Junglandwirte, egal mit welchem Hintergrund. Wie bezeichnend ist es, wenn Fachschüler einen (konventionellen) Bauern, der seine Kälber mit Vollmilch trinkt, fragen, ob er nicht rechnen könne? Und wie ist das mit den Löhnen und den Arbeitszeiten, was ist angemessen? Werden wir (und unsere Chefs) unserer Verantwortung gerecht?

Ich wünsche mir für alle genug Mut, die eigene Arbeit in Frage zu stellen, sie selbstbewusst zu vertreten und die Betriebe nicht nur daran zu messen, ob sie gerade die höchstmögliche Summe erwirtschaften.

Kaya Thomas, Altenebstorf

Gebt den Kühen das Gras zurück!

Proteinversorgung aus betriebseigenem Grundfutter

Steakdoping unerwünscht

Aus Furcht vor positiven Dopingtestergebnissen, hat ihr Trainer der mexikanischen Fußballnationalmannschaft den Verzehr von Rindfleisch, im Hinblick auf die vor der Tür stehende Fußballweltmeisterschaft, verboten. Bei einem früheren Turnier war bei fünf mexikanischen Nationalspielern der dort in der Kälbermast eingesetzte Wachstumsförderer Clenbuterol im Blut gefunden worden. Die als Dopingmittel eingestufte Substanz sorgte für einen Ausschluss der Spieler vom Turnier, erst als sie nachweisen konnten, dass der Rindfleischverzehr die Ursache ihre „Dopings“ war, wurden sie rehabilitiert. **CS**

Die Kuh ist ein Wiederkäuer und frisst Gras, auf den ersten Blick würde dem jeder zustimmen, doch die Realität sieht anders aus. Ein Großteil der in den westlichen Industrieländern erzeugten Milch wird auf der Basis von Kraftfutter und Mais erzeugt. Dieses „neue Kuhfutter“ hat Grasprodukte in vielen Betrieben sogar weitestgehend verdrängt. Dabei haben Gräser, Kräuter und Leguminosen Eigenschaften, die sie wirtschaftlich interessant und ökologisch wertvoll machen. Sie wachsen zum Beispiel in Regionen, die für den Ackerbau nicht geeignet sind, sie stehen nicht in Konkurrenz zur menschlichen Ernährung und sie haben eine ausgeglichene Klima- und Umweltbilanz. Die ABL Bayern hat sich im Rahmen der bayerischen Eiweißinitiative und der BioRegio 2020 auf mehreren Veranstaltungen die Frage gestellt, wie bayerische Betriebe die Vorteile eiweißhaltiger Grundfuttermittel, wie Grünland, Klee gras und Luzerne, nutzen können und damit wirtschaftlich und wettbewerbsfähig bleiben.

Tiergerecht füttern

Dr. Günter Postler von der Arbeitsgemeinschaft Rinderzucht auf Lebensleistung erklärte zuerst, welche Punkte bei einer tiergerechten Wiederkäuerfütterung unbedingt zu beachten sind. Der Tierart gemäß komme der Wiederkäuer mit einem niedrig konzentrierten Futtermittel wie Gras aus, weil er davon große Mengen aufnimmt, dafür aber viel Zeit benötigt. Im Umkehrschluss bedeutet dies für Postler, dass den Kühen ausreichend Futter über den ganzen Tag verteilt zur Verfügung stehen muss. Damit auch rangniedrige Kühe ungestört fressen können, ist im Laufstall ein ausgeglichenes Tier-Fressplatzverhältnis (1:1) wichtig. Darüber hinaus brachte Postler den Begriff der Bekömmlichkeitsfütterung ins Spiel. „Die Inhaltsstoffe in

ihrem Futter können noch so hoch sein, wenn das, was Sie füttern ihren Kühen nicht bekommt, werden sie mittelfristig Schiffbruch erleiden.“ Postler zielt hier vor allem auf die Rohfaserversorgung ab. Der Pansen brauche strukturwirksames Futter um effizient arbeiten zu können. Darüber hinaus müsse die Fütterung auch immer dem Alter, der Kondition und dem Gesundheitszustand der Kuh angepasst werden. „Viel hilft nicht immer viel“, so der Experte. Fütterung ist aber auch Philosophie, Postler ist ein offener Bekenner des Low-Input-Systems. Der Weg zur Tiergesundheit führt für ihn nicht über Höchstleistungen mit hohem Futteraufwand, sondern über eine stabile Dauerleistung mit geringem Input.

Weniger Kraftfutter

Dass dieser Weg auch betriebswirtschaftlich interessant ist, erklärte Lukas Kiefer vom Institut für landwirtschaftliche Betriebslehre an der Universität Hohenheim, sein Slogan: „Weniger Kraftfutter ist manchmal mehr Betriebsgewinn.“ Grundlage seiner wissenschaftlichen Erkenntnisse ist eine betriebswirtschaftliche Analyse von knapp hundert Weidebetrieben in Bayern, Hessen und Baden-Württemberg, alles reine Grünlandbetriebe mit mindestens 30 Kühen und Laufstallhaltung. Ein Teil arbeitet biologisch, der andere konventionell, aber alle extensiv. Neben dem Gewinn wurde das kalkulatorische Betriebsergebnis berechnet, um die Ergebnisse miteinander vergleichen zu können. Die analysierten Weidebetriebe erzielen mit einem Minus von 10,6 Cent/kgM ein deutlich schlechteres Ergebnis als der durchschnittliche Rinderreportbetrieb in Bayern und Baden-Württemberg (-5,48 Cent/kgM). Die besten zehn Prozent (acht Betriebe) der untersuchten Weidebetriebe lagen mit einem kalkulatorischen Betriebs-

zweigergebnis von plus 5,7 Cent/kgM aber ganz an der Spitze und waren sogar deutlich besser als die besten zehn Prozent der Rinderreportbetriebe (+1,9 Cent/kgM). Kiefer erklärte, wo die Profiweidebetriebe ihr Geld verdienen und wo es die anderen liegen lassen. Wichtig sind die Futterkosten an sich. Weidegras ist mit Kosten von 15 Cent je 10 MJ NEL das mit Abstand günstigste Futter, welches der Bauer seinen Kühen vorlegen kann. Allerdings ohne die entsprechende Nährstoffkonzentration und eine entsprechend lange Weidedauer ist dies wenig wert. Kiefer hat festgestellt, dass vor allem Vollweidebetriebe mit Kurzrasenweide und saisonaler Abkalbung besser abschnitten als konventionelle Weidesysteme. Auch der Milchpreis spielte eine Rolle. Biobetriebe mit hoher Grundfutterleistung und einem entsprechend hohen Biomilchpreiszuschlag hatten in den meisten Fällen die Nase vorn. Wem es darüber hinaus gelang, die Kraftfutterkosten in ein gesundes Verhältnis zur abgelieferten Milch zu setzen, hatte einen Platz an der Spitze sicher. Auffallend war an dieser Stelle, dass ein niedriger Kraftfuttereinsatz nicht zwangsläufig zu einem guten Ergebnis führte. Die Kühe auszufüttern lohnt sich. Einen „Größeneffekt“ stellte Kiefer auch im Weidesystem fest. Großen Betrieben gelingt es, ihre eingesetzte Arbeit effizienter zu nutzen und damit den Gewinn je Arbeitsstunde zu steigern. Als Fazit bleibt: Die Weidehaltung kann helfen, Einkommensreserven in der Milchviehhaltung zu mobilisieren, sie ist aber kein Garant dafür. Voraussetzungen sind gutes Weidefutter, welches am besten mit der Kurzrasenweide zu realisieren ist, eine saisonale Abkalbung, Biomilcherzeugung, eine ordentliche Milchleistung und die Größe des Kuhbestands.

Georg Martin,
Vorstandsmitglied ABL Bayern



Energie von der Weide

Foto: Martin

Bock auf Bohnen

Leguminosen und Agrarpolitik

Am Ende der Verhandlungen um die EU-Agrarreform hatten plötzlich alle etwas übrig für Leguminosen, jene kleinen Wunderorganismen, die durch ihre Kooperation mit den Knöllchenbakterien Luftstickstoff binden und nutzen können und damit auch dem Zeitgeist und seinem Thema Klimaschutz entsprechen. Das nur eine Alibi-förderung im Greening übrig geblieben ist, ist bedauerlich und kann nur als Einstieg in entsprechend bessere Bedingungen bei der nächsten Reform gesehen werden.

Praktische Umsetzung

Nun sollen also auf den neu eingeführten ökologischen Vorrangflächen mit dem Gewichtungsfaktor 0,7 Leguminosen angebaut werden, chemischer Pflanzenschutz und Mineraldünger sind erlaubt. Rund 7 Hektar bei 100 Hektar Acker wären das. Die Frage ist nur, inwieweit der Leguminosenanbau für Betriebe eine Option ist, da auch der Anbau von Zwischenfrüchten mit einem Gewichtungsfaktor von 0,3 auf ökologischen Vorrangflächen möglich ist. Als Beispiel ein Betrieb aus einer Region mit hohem Maisanteil: Der Betrieb baut nach der ab 2015 geltenden Anbaudiversifizierung 75 Hektar Mais und 25 Hektar Getreide an. Will er die Vorgabe für die ökologischen Vorrangflächen über Zwischenfrüchte erfüllen, muss der Betrieb bis zum 1. Oktober des jeweiligen Jahres eine Zwischenfrucht, in der Regel bestehend aus zwei Arten, auf mindestens 16,67 ha aussäen, zum Beispiel ein Senf/Ölrettich-Gemenge oder ein Energiegetreidemix für die Biogasanlage. Was in solchen Betrieben eh schon Praxis war, gilt jetzt als Nachweis für die ökologischen Vorrangflächen. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass sich BetriebsleiterInnen unter diesen Gegebenheiten mit dem für sie neuen Anbau von Leguminosen beschäftigen. Für einen Marktfruchtbetrieb bzw. flächenstarken Veredlungsbetrieb, welche möglicherweise bisher schon vier Kulturen in ihrer Fruchtfolge hatten, kann sich in Kombination mit der Agrarumweltmaßnahme „Vielfältige Kulturen im Ackerbau“ die Erweiterung der Fruchtfolge um eine Leguminose sehr wohl rechnen. Die Bundesländer Schleswig-Holstein und Niedersachsen bieten diese Agrarumweltmaßnahme neu an, Nordrhein-Westfalen, Thüringen und weitere Bundeslän-

der werden sie fortführen. Da die Gelder mitunter aus der Gemeinschaftsaufgabe für Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) mit jährlich 600 Mio. Euro gedeckelt sind und auch andere Maßnahmen aus diesem Topf bezahlt werden, ist bei starker Nachfrage mit einer begrenzten Anzahl von Förderungen zu rechnen. Aus Schleswig-Holstein wurde schon kolportiert, dass das Programm sehr gut angenommen wurde...

Eiweißpflanzenstrategie

Die Eiweißpflanzenstrategie des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) ist mit den modellhaften Demonstrationsvorhaben für Soja seit 2014 in der Praxis aktiv. Für die Lupine wird es in der Praxis erst für 2015 reichen. Was die Vorhaben für die wichtigen Körnerleguminosen Ackerbohne und Erbse angeht, steht der Startschuss noch aus. Genauso wie für die wichtigen Feinleguminosen wie Klee und Luzerne. Der Ernährungsausschuss will drei Mio. Euro aus der Förderung nachwachsender Rohstoffe in einen neuen Haushaltstitel zur Finanzierung der Eiweißpflanzenstrategie umschichten – dies würde das Bundesprogramm Ökolandbau und andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft (BÖLN) entlasten. Ob diese Summe ausreicht, um adäquate Demonstrationsvorhaben auf den Weg zu bringen sei dahin gestellt.

Mehr Leguminosen

20 Prozent Leguminosen in der Fruchtfolge, damit die Agrarzahungen vollständig an die Betriebe ausgeschüttet werden, war die Maximalforderung der AbL im Zusammenhang mit der jüngsten GAP-Reform. Ob die Höhe der sehr hohen Messlatte richtig ist, darüber mag man streiten, Wie berechtigt allerdings die Forderung nach einem höheren Anteil Leguminosen in der Fruchtfolge und damit auch die Erzeugung von hochwertigem Protein in der Fruchtfolge war, zeigt sich in unterschiedlichen Aktivitäten. Der Donau-Soja e.V. versucht seit seiner Gründung im Jahre 2012 den Anbau von europäischen und gentechnikfreien Soja voranzubringen. Die Initiative hat schon 135 Mitglieder, unter anderem die REWE Group und Hofer (der Aldi in Österreich). Ein derzeitiges Anbauvolumen von über 700.000 Hektar unterstreicht die ehrgeizigen Ambiti-



Sichtlich voller Freude an Leguminosen

Foto: Schievelbein

onen in 2018 bei 1,5 Millionen Hektar zu landen. Der WWF und die UFOP (Union zur Förderung von Öl- & Proteinpflanzen) initiieren seit Herbst letzten Jahres innerhalb von Eiweißfuttermittelforen den Austausch zwischen den Playern zum Thema „Nachhaltigere Eiweißfuttermittel“. Teile des Lebensmitteleinzelhandels haben in hot spot Analysen zur Nachhaltigkeit den Bereich Eiweißfuttermittel als Kernherausforderung ermittelt, und streben eine Umstellung auf heimische Eiweißfuttermittel, bzw. aus zertifiziertem und verantwortungsvollem Anbau stammenden Quellen, an. In Bayern ist im Frühjahr 2011 das Aktionsprogramm „Heimische Eiweißfuttermittel“ mit einem beträchtlichen Volumen gestartet worden. Kleiner bezüglich des finanziellen Volumens, aber nicht weniger ambitioniert, startete kurz vorher das Projekt „Vom Acker in den Futtertrog“ der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) NRW e.V. Vergessen darf man nicht die Vielzahl an Initiativen, Verbände und Regionalprogramme, die schon seit Jahrzehnten die Thematik quasi inhaliert haben. Seien es Regionalprogramme, die mitunter auch im Süden Deutschlands den Anbau von Soja vorangebracht haben, Futtermittelwerke, die auf Gentechnikfreiheit setzen oder Landhändler, die aufgrund pflanzenbaulicher Probleme in der Region, bei der Suche nach Alterna-

tiven in der Fruchtfolge zu dem Anbau von Körnerleguminosen gefunden haben (siehe auch nebenstehenden Artikel). Des Weiteren ist da das seit über 25 Jahren bestehende Programm NEULAND, welches als Fokus zwar die artgerechtere Tierhaltung hat, aber auch Gentechnikfreiheit in den Futtermitteln und den Einsatz von regionalen Eiweißfuttermitteln wie Ackerbohne & Co garantiert. Last but not least gibt es die vielen ökologisch wirtschaftenden Betriebe, in denen Leguminosen meist eine zentrale Rolle spielen.

Chance für Regionalisierung?

Die andauernde Hochpreisphase für Soja hat auch in den Mainstream Medien zu einer stärkeren Thematisierung von Möglichkeiten der Soja-Substitution geführt. Rapsschrot erhielt eine zunehmende Bedeutung. So konnte die Menge in der Fütterung von etwa 1,8 Mio. Tonnen zu Beginn des neuen Jahrtausends auf über 3 Mio. Tonnen in 2012 gesteigert werden. Diese Steigerung würde man sich für die wertvollen Eiweißträger Leguminose auch wünschen, birgt er doch den Vorteil, einer nicht intensiven Produktion gegenüber Rapsschrot. Ergebnisse aus dem Eiweißfuttermittel-Projekt „Vom Acker in den Futtertrog“ zeigen, dass der Anbau in einigen Regionen bei Berücksichtigung der externen

Fortsetzung auf Seite 13

Über den Umgang mit der königlichen Diva

Bauern berichten von der Leguminose

Die Leguminose wird gerne als Königin des Ackerbaus titulierte, weil sie wie keine andere Pflanzenfamilie in der Lage ist, Luftstickstoff über Knöllchenbakterien an ihren Wurzeln zu sammeln und zu binden und der nachfolgenden Frucht zur Verfügung zu stellen. Königinnen sind aber oft auch Diven, die es ihrem Umfeld nicht leicht machen, sie zu lieben, Leguminosen sind da keine Ausnahme. „Man muss da Lust zu haben“, sagt Rudolf Hoberg über seine 27-jährige Anbau Erfahrung mit Ackerbohnen. Und das nicht nur deshalb, weil er davon überzeugt ist, dass Leguminosen allein schon politisch nicht gewollt sind, weil sie dem Industriestandort Deutschland nicht in die Außenhandelsstrategie mit dem Sojaimport passen. Die Agrarpolitik sei nicht so gestaltet, so Hoberg, dass der Leguminosenanbau gefördert würde und die Schmachhaftigkeit von Ackerbohnen für Schweine werde schlechter geredet, als sie tatsächlich sei. Es gebe kaum Nachfrage und es sei schwierig, Bauern von den Leguminosen zu begeistern, weil Deckungsbeiträge oft nicht zu Ende gerechnet würden. Er baue den besten Weizen nach den Ackerbohnen an und fragt: „Was gibt es Schöneres?“ Der konventionelle Schweinehalter ist Ackerbohnenanbauer aus Leidenschaft, aber auch, weil es für ihn ökonomisch ins Betriebskonzept passt. Er hat viel ausprobiert, um zu einem optimalen System zu kommen. Dabei gehört inzwischen, nachdem er Jahre lang gestrie-

gelt hat, die chemische Unkrautbekämpfung wieder dazu, vor allem seit er gute Erfahrungen mit der direkten Aussaat in die Weizenstoppel gemacht hat. Krankheiten oder Schädlinge spielen nur eine untergeordnete Rolle. „Bohnen müssen sauber sein“, ist Hobergs Credo, nur dann ließen sie sich im Spätsommer gut im morgendlichen Tau dreschen.

Zwischen Soja und Weizen

Auch Neuland-Schweinebauer Martin Steinmann baut seit 20 Jahren Ackerbohnen für seine Mastschweine an und betont ebenfalls, auf chemische Unkrautregulierung nicht verzichten zu wollen. Zwischen 35 und 40 Doppelzentner erntet er, abhängig ist der Ertragserfolg im Wesentlichen von der Wasserversorgung der Bohnen während der Blüte. Mehr Toleranz der Sorten würde sich Steinmann von der Pflanzenzüchtung wünschen, sieht aber hier den schwierigen Kreislauf von geringer Nachfrage nach neuen Leguminosensorten aufgrund des geringen Anbaus, was wiederum wenig Züchtung und damit keine weitere Sortenentwicklung zur Folge hat. Auch die geringe Nachfrage und vor allem die geringe Bereitschaft des Handels und der Futterindustrie, Bohnen entsprechend ihres Wertes zu honorieren, ist in Steinmanns Augen ein Hemmschuh für weiteren Bohnenanbau. „Von der Wertigkeit müssten Ackerbohnen in der Mitte zwischen Weizen und Soja liegen“, bezahlt werde oft aber nur wenig

mehr als für Weizen. Er hofft nun auf den eigenständigen Marktplatz, initiiert vom AbL-Eiweißprojekt in NRW.

Exotin Soja

Auch konventionelle heimische Sojabohnen haben vor allem ein Absatzproblem, weiß Oliver Krause, der seit ein paar Jahren selbst Soja im Rheinland anbaut, vermarktet und versucht, auch Berufskollegen für die Bohne zu begeistern. Von 3,5 ha 2010 sind es nun immerhin schon 25 ha gentechnikfrei aus heimischem Anbau. Zwei Attribute, die angesichts des modernen Zeitgeists dafür sorgen sollten, dass Krause die Bohnen aus den Händen gerissen werden, meint man. „Jeder will sie haben, aber keiner dafür bezahlen“, fasst er seine Erfahrungen zusammen. Und seit die großen Fleisch- und Fast Food Konzerne verkündet haben, nun doch wieder Gentechsoja zuzulassen, sieht Krause das Ganze noch kritischer. Aber auch er ist am Ende ein echter Fan der Diva, lobt Vorfruchtwert und Nachhaltigkeit, nimmt in Anspruch, mit Soja die Bauern zu erreichen, die sich Gedanken machen darüber, was sie der nächsten Generation so hinterlassen. Anbautechnisch sei Soja jedenfalls bei uns kein Problem, mit den entsprechenden Sorten, die es schon seit Jahrzehnten gibt und die sicher auch eine züchterische Weiterbearbeitung übertragen könnten. Ansonsten machen Wild und Tauben fast noch den meisten Ärger, die schlechte Unkrautun-

terdrückung der Sojabohnen regelt auch Krause über chemischen Pflanzenschutz.

Hacke und Striegel

Die Unkrautproblematik, zumindest bei Körnerleguminosen eine nicht unerhebliche, lässt sich auch mechanisch in den Griff kriegen, wenn zum richtigen Zeitpunkt das Richtige und nichts anderes getan wird. Dann konsequent eingesetzt, verschaffen Striegel und Hacke Erbse und Bohne den nötigen Wachstumsvorsprung, um zuverlässig groß zu werden. In Biobetrieben gehören Leguminosen dazu, in viehlosen sogar noch mal mehr, um die Stickstoffversorgung ohne Mineraldünger zu gewährleisten. Inzwischen häufen sich aber Berichte von Ertragsschwankungen aufgrund von Läusen in der Blüte oder von Leguminosenmüdigkeit aufgrund zu enger Fruchtfolgen oder nicht harmonisierender Arten oder noch ganz anderer Gründe. Einmal mehr wird deutlich: So ganz einfach ist es nicht mit der königlichen Diva. Hermann Künsemöller, Biolandbauer aus dem westfälischen Halle, sagt, er achte sehr darauf, dass die Leguminosen bei ihm gut wachsen. Man dürfe es sich nicht leisten, sie zu vernachlässigen. Und, so seine Erfahrungen, sie sollten stickstoffarme Bedingungen vorfinden. Künsemöller baut sie nur in Mischkultur an, Gerste mit Ackerbohnen, Wickroggen, Weizen mit Weißkleeuntersaat. Er hält Stickstoffüberfluss für den Untergang der Leguminose. Je älter die jeweilige Leguminosenkultur in seinem Betrieb werde, desto mehr achte er auf die Fruchtfolgehygiene und den entsprechenden Fruchtwechsel. Eine gute Nährstoffversorgung, eine gute Bodenstruktur sind für ihn Grundvoraussetzungen. Dem momentanen, auch politischen, Leguminosenhype steht er einigermaßen kritisch gegenüber, fürchtet bei einer extremen Anbausteigerung auch mehr Probleme. Zumal bei einem Körnerleguminosenanbau in Reinkultur, diese für eine Stickstoffabfuhr aus dem Betriebskreislauf Sorge, wenn nicht selbst verfüttert würde. Für Künsemöller ist das nach 30 Jahren Erfahrung undenkbar. Vieles an Wissen und Erfahrung im Leguminosenanbau fehlt inzwischen, muss mühsam wieder neu erarbeitet werden. Dass es sich lohnt, wird deutlich wenn man mit Anbauern spricht, keiner möchte die Königin und Diva in der eigenen Fruchtfolge missen. cs



Pflegen und streicheln genießt auch die Sojabohne

Foto: Schievelbein

Wunderbohnen in aller Welt

Eiweißfuttermittel im Handel

Sojaschrot ist das Öl der Landwirtschaft, zu mindestens der Tierernährung in Europa, wenn es auch in Teilen der Landwirtschaft noch als Abfall- oder Nebenprodukt der Ölgewinnung verklärt wird. Soja, welches überwiegend in Südamerika für den europäischen Markt angebaut wird, hat seine Hauptbestimmung als Sojaextraktionschrot für die Fütterung. Im Jahr 2012 wurden 22,6 Mio. Tonnen Sojaschrot und 13,3 Mio. Tonnen Sojabohnen zur Produktion von weiteren 10 Mio. Tonnen Sojaschrot in die EU eingeführt. Auf Deutschland gemünzt bedeutet dies einen Verbrauch an Sojaschrot von etwa 4,5 Mio. Tonnen, das entspricht einem Anteil von 62 Prozent an den proteinreichen Futtermitteln. Diese „hard facts“ für die konventionelle Landwirtschaft machen die Abhängigkeit von der sogenannten Wunderbohne deutlich.

Importsituation Öko-Landbau

Im Öko-Landbau erreichen die absoluten Zahlen bei weitem nicht die Dimensionen aus der konventionellen Landwirtschaft. Die Erzeugung von tierischem Protein spielt eine nicht so dominante Rolle wie in der konventionellen Tierhaltung. Nichtsdestotrotz ist der Importanteil, speziell bei den proteinreichen Arten in Deutschland, auch im Öko-Landbau mit etwa 50 Prozent relativ hoch. Ist bei der Ackerbohne eine Selbstversorgung annähernd gegeben, so werden bei der Erbse schon 38 Prozent importiert. Bei der Sojabohne liegt der Importanteil bei 94 Prozent, was einer jährlichen Menge von etwa 36.000 Tonnen entspricht. Diese Menge ist in den letzten Jahren stetig gestiegen, trotz vermehrtem Anbau in

Deutschland. „In Regionen mit einem stabilen und trockenen Herbst sei eine ausreichende Ausreife der Sojabohne gegeben“, so Rudolf Joost Meyer zu Bakum, Ökofuttermittelhersteller aus dem niedersächsischen Melle. Hier ließen sich auch gute Eiweißqualitäten und -mengen produzieren. Grob gefasst, sieht er die Anbauregionen nördlich der Mainlinie aktuell noch problematisch.

Big Business

Aber woher kommt es dann, das Öko-Soja? Brasilien und China stellen hier etwa die Hälfte des Bedarfs zur Verfügung. Der Rest kommt aus Österreich, Italien und osteuropäischen Ländern. In das Geschäft mit der Bio-Soja ist auch die KTG Agrar eingestiegen. Die riesige Aktiengesellschaft, die nach eigenen Angaben 24.000 Hektar unter ökologischen Bedingungen bewirtschaftet und Landwirtschaft renditeorientiert betreibt, baut auf 8.000 Hektar in Litauen, Rumänien und im Osten Deutschlands die „gelbe Bohne“ an. Das Unternehmen sieht gentechnikfreie Bio-Soja als strategische Frucht und investierte in eine eigene Ölmühle im mecklenburg-vorpommerschen Anklam.

Unterschiedliche Voraussetzungen

Da fragt man sich nur „alles Soja oder was?“ Das kann Bernhard Stoll, Geschäftsführer der Raiffeisen Kehl aus Baden-Württemberg, die seit 1997 ohne den Einsatz von gentechnisch veränderten Futtermitteln arbeiten, bestätigen. „Für den konventionellen Bereich ist es nicht einfach auf Soja zu verzichten, wir kriegen das aber schon seit Jahren erfolgreich über den Import gentechnikfreier Ware hin. Zusätzlich freuen wir uns über

eine stetig wachsende Anbaufläche von Soja im konventionellen Landbau bei uns in der Region. Hier im Rheintal ist die Soja gegenüber der Erbse konkurrenzfähig, wenn man bedenkt, dass die Sojabohne Kornerträge zwischen 32 und 35 dt/ha liefert und die Erbse bzw. Ackerbohne etwa 40 dt/ha.“ Dies bei annähernd doppelt so hohen Preisen für die Sojabohne von über 45 Euro/dt. Natürlich sind von der Sojabohne bis zum Sojakuchen oder -schrot noch Verarbeitungsstufen notwendig. Dies ist bei Ackerbohne und Erbse bei moderaten Einsatzmengen in der Fütterung nicht nötig. Deutlich wird: Ackerbohne & Co sind innerbetrieblich gut zu verwerten. Fragt man Torsten Stehr von der Raiffeisen Weser-Elbe eG am Standort Otterndorf, spielt die Soja keine Rolle. In der Region hat in den letzten Jahren der Anbau von Ackerbohnen wieder zugenom-

men. Teils wegen ackerbaulicher Probleme mit zunehmenden Resistenzen beim Ackerfuchsschwanz, teils aber auch weil die Bauern erkannt haben, dass die Ackerbohnen mit durchschnittlichen Erträgen von 60 dt/ha lukrativ sein können. In diesem Jahr rechnet Torsten Stehr mit etwa 3.600 Tonnen Ackerbohnen, die er vermarktet. Sein Eindruck ist, dass vielen Fütterungsberatern der Futterwert der Bohne nicht ausreichend bekannt ist. Die Bauern, die sie einsetzen, sind in der Regel sehr zufrieden. Um Vermarktungswege für Körnerleguminosen neu aufzuzeigen und um den Handel zu aktivieren, hat das Eiweißfuttermittel-Projekt „Vom Acker in den Futtertrog“ einen Online-Marktplatz auf der Homepage eingerichtet. An dieser Stelle sei dazu aufgerufen, ihn für die kommende Saison zu nutzen.

Christoph Dahlmann,

www.Vom-Acker-in-den-Futtertrog.de



Erst dreschen, dann handeln

Foto: Dahlmann

Fortsetzung von Seite 11

Effekte, wie Vorfruchtwert und phytosanitäre Leistungen, schon jetzt lohnenswert ist. Können Ackerbohne, Erbse und Kleegras betriebsintern verwertet werden, steigert sich die Ökonomie noch. Den Begriff der Gunststandorte hört man oft von den Vertretern der „arbeitsteiligen Welt“. Sie meinen damit die klimatisch bevorzugten Regionen Europas für den Anbau von Weizen und Raps, und die angeblichen Vorteile überwiegend auf dem amerikanischen Kontinent für zum Beispiel Soja. Diese pauschale Herangehensweise führte zu

einer Verengung von Fruchtfolgen mit den vielfach dokumentierten negativen Konsequenzen weltweit. Hier kann durchaus festgehalten werden, dass bei teilweise monokulturartigen Verhältnissen weder der Anbau von gentechnisch veränderten(gvo)-Soja noch der von nicht gvo-Soja umweltschonend sein kann. Die Ablehnung der Gentechnik ist schon aus sozioökonomischen Gründen und den zunehmenden Abhängigkeiten von Konzerninteressen keine Alternative. Aber auch aus Sicht des Umweltschutzes, durch den nur angeblich verringerten Einsatz von Pestiziden und der vereinfachten Durchführung konservie-

render Bodenbearbeitungsmaßnahmen, erzielen gvo-Pflanzen keinen Vorteil. Im Gegenteil, bei stagnierenden Erträgen hat sich die Anzahl der resistenten Beikräuter erhöht. Dies hat steigende Pestizidaufwandmengen und giftigere Herbizidformulierungen zur Folge.

Chance verpasst

Die Eiweißfuttermittel sind ein globales Thema. Jahrzehntlang ermöglichte billige Soja die zunehmende Intensivierung in der europäischen Landwirtschaft. Genauso lange werden schon die damit einhergehenden Probleme, wie Landnutzungsänderungen, Verlust

der Bodenfruchtbarkeit und soziale Verwerfungen, diskutiert. Das hat die Soja-Lobby nie interessiert. Was sie aber auf der europäischen Seite interessieren müsste, sind die zunehmend teuer erkaufte Verfügbarkeiten von Soja. Die europäische Union hätte mit der EU-Agrarreform eine Trendwende einläuten können durch eine stärkere Berücksichtigung der Leguminosen bei abnehmender Intensität in der Landwirtschaft. Sie haben es mal wieder verpasst.


Christoph Dahlmann,

www.Vom-Acker-in-den-Futtertrog.de

Milchschafe so gefährlich wie Kühe

Die neue Berechnungsgrundlagen der Berufsgenossenschaftsbeiträge bergen so manch unliebsame Überraschung

Euphorie verspritzt

Auf seiner Jahrespressekonferenz konnte der Industrieverband Agrar (IVA) erneut erfreuliches berichten: es sei den Herstellern und Anbietern von Pflanzenschutzmitteln 2013 zum dritten Mal in Folge gelungen, ihre Umsätze auf dem deutschen Markt zu steigern. 1,51 Mrd. Euro mehr Nettoinlandsumsatz, das entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr von rund 100 Mio. Euro beziehungsweise 7,5 %. Der Welpflanzenschutzmarkt lag dem IVA zufolge 2013 mit einer Umsatzhöhe von 52,7 Mrd. \$ (38,3 Mrd. Euro) um rund 11 % über dem Vorjahreswert. Die Euphorie über solche positiven Zahlen werde, so der IVA, allerdings gebremst durch den Druck einer sich immer weiter verschärfenden Regulierung - insbesondere durch neue Vorgaben aus Brüssel. Die Zulassungen für zahlreiche Wirkstoffe liefen aus, und eine überzogene Regulierung auf EU-Ebene blockiere die Wiedenzulassung und die Entwicklung neuer Substanzen. Die DLG-Mitteilungen berichten schon davon, dass Hersteller von Glyphosat-Mitteln Bauern zum Anwendungsverzicht in bestimmten Situationen raten, damit die Wiedenzulassung nicht noch stärker gefährdet werde. 

In diesem Frühjahr wurden die ersten Beitragsbescheide für die Berufsgenossenschaft, nach deren Zusammenlegung, versendet. Bis Ende 2012 gab es in Deutschland acht regionale LBGen sowie die bundesweit zuständige BG für den Gartenbau. Im Rahmen der Reformation der Berufsgenossenschaft wurden auch die Berechnungssätze angeglichen. Für so manchen Landwirt fielen die Beitragsbescheide in diesem Jahr überraschend hoch aus. Dies liegt in aller Regel an den je nach Tierart oder Arbeit zugrundegelegten Arbeitszeit. Den jeweiligen Zeitaufwand hat Prof. Dr. Bahrs in einem Gutachten für die Berufsgenossenschaften zusammengestellt. Wie er selbst in der Schlussbemerkung einräumt, ist das System nur eine Näherung an den Betriebsalltag: „Dennoch ist nicht auszuschließen, dass in Einzelfällen die Beiträge nicht als gerecht empfunden werden. Dies liegt am normierten und entindividualisierten Arbeitsbedarfsmaßstab, der jedoch in dieser Form erforderlich ist.“

Arbeitszeit gleich Risiko?

Schon früher wurde die Arbeitszeit als Grundlage für die Risikobewertung herangezogen. Die neue Beitragsberechnung führt jedoch, vor allem bei weniger verbreiteten Verfahren oder solchen mit vergleichsweise geringer Bedeutung, zu einer ganz neuen Einstufung. So wurde beispielsweise die Haltung von Milchschaafen und Milchziegen neu gefasst. Je nach Bundesland fand eine Umstellung schon vor mehreren Jahren statt. In Bayern wurde im Beitragsbescheid 2012 eine Berechnungseinheit (BER) von 1,21 bei Milchschaafen und Ziegen zugrundegelegt. In diesem Jahr stieg diese auf 6,24. Multipliziert wird die BER mit der Zahl der Tiere. In den Beitrag fließen dann noch ein Risikofaktor ein, der die Unfallhäufigkeit bei dieser Tiergruppe im vergangenen Jahr widerspiegelt sowie der Hebesatz und ein Korrekturfaktor (Risikogruppenfaktor), damit nur der tatsächlich verausgabte Betrag eingenommen wird. In Niedersachsen wurden die neuen Berechnungsgrundlagen schon vor einigen Jahren eingeführt. Der Versuch des Ziegenzuchtverbandes, gegen die erhöhten Beiträge zu klagen wurde vom Gericht allerdings gar nicht erst zugelassen. Das Gericht begründete seine Entscheidung mit der Organisationsform der BG, die als selbstständiges Organ eine frei gewählte Vertreterversammlung hat, die das neue Vorgehen absegnet habe.

Wirtschaftsleistung

Die neuen Berechnungsgrundlagen sollen die BG-Beiträge gerechter machen. Zumin-




Wenn das die Berufsgenossenschaft sieht... Forke falsch rum

Foto: Schütz/pixelio

dest im Falle der Milchschafe scheint dies allerdings nicht zu gelingen. Vom Arbeitszeitaufwand wird ein Schaf (6,2) etwa einer Kuh (7,1) gleichgestellt. Nach Einschätzung von Ebi Prunzel-Ulrich vom Käsehof in Landolfshausen ist dies nicht unrealistisch. „Aber“ so Prunzel-Ulrich „man muss auch die Wirtschaftsleistung der Tiere mitberücksichtigen“ Und diese unterschieden sich zwischen Kuh und Schaf doch erheblich. Trotz der negativen Erfahrungen in Niedersachsen empfiehlt er seinen bayrischen Kollegen Widerspruch einzulegen. Immer in der Hoffnung, dass wenn sich viele beteiligen die Vertreterversammlung erneut aktiv wird und die Beiträge anpasst.

Groß wird günstiger

Der Ansatz, die Arbeitszeit als Grundlage der Unfallwahrscheinlichkeit zu nehmen führt aber noch an einer weiteren Stelle beim zugrunde gelegten Modell zu Ungerechtigkeit. Da große Betriebe oft stark rationalisiert sind, können sie ihre Arbeit in deutlich geringerer Zeit absolvieren.

Prof. Dr. Bahrs im Gutachten: „Als Konsequenz benötigen einzelne Betriebe nicht einmal 50 Prozent der durchschnittlich unterstellten verfahrensspezifischen Akh.“ Um dieses scheinbare Missverhältnis auszugleichen führt Bahrs eine Degression ein. Je mehr Tiere oder Fläche, desto geringer die Berechnungseinheit. Bei den Milchschaafen ergibt sich ein Unterschied von 6,2 bei 0 bis 75 Tieren zu 0,97 ab 2.000 Tieren. Inwiefern die Arbeitsrationalisierung aber eventuell sogar zu einer erhöhten Belastung der Arbeitenden führt, ist nicht erfasst. Bei Mast Schweineställen und großen Geflügelställen steigt die Zahl der Atemwegserkrankungen bei den Mitarbeitern gegenüber Offenställen oder Freilandhaltung, die arbeitswirtschaftlich deutlich schlechter stehen, jedenfalls massiv an. Ganz außer Acht gelassen ist hierbei der Aspekt, dass die Degression und Bevorzugung großer Strukturen die von der Bevölkerung geforderten, aus ökologischen Gesichtspunkten notwendigen und kulturell wichtigen bäuerlichen Betriebe weiterhin benachteiligt werden. 

Der Weg zur bundeseinheitlichen BG

Die LBGen waren Körperschaften des öffentlichen Rechts mit Selbstverwaltung. Verantwortlich waren die Vertreterversammlung, der Vorstand und der Geschäftsführer. Sie waren Mitglieder des Spitzenverbandes der landwirtschaftlichen Sozialversicherung mit Sitz in Kassel. Mit dem Regierungsentwurf vom November 2011 zum Gesetz zur Neuordnung der Organisation der landwirtschaftlichen Sozialversicherung (LSV-NOG) wurde der Weg hin zu einer bundeseinheitlichen Berufsgenossenschaft unter Eingliederung der einzelnen Träger auf Landesebene sowie des Spitzenverbandes mit Sitz in Kassel ab 1. Januar 2013 geebnet. Bis Ende Dezember 2017 soll die Zusammenlegung abgeschlossen sein.

Zum Kassensturz nach Luxemburg

Die Frage, wann Nachbaugebühren fällig werden kommt vor den EUGH

Es geht wieder nach Luxemburg für die Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze. Der Europäische Gerichtshof (EUGH) ist nach Jahren mal wieder gefragt in Sachen Nachbaugebühren. Das Landgericht in Mannheim hat ein Verfahren ausgesetzt und mit zwei Fragen an den EUGH überwiesen. Im Wesentlichen geht es um den Punkt, ab welchem Zeitpunkt und unter welchen Voraussetzungen Bauern und Bäuerinnen gesetzlich verpflichtet sind, für ihren Nachbau von geschützten Sorten Nachbaugebühren zu zahlen. Das klingt wie schon tausendmal erörtert, ist aber tatsächlich noch nie mit dieser explizit zeitlichen Dimension Gegenstand einer Gerichtsverhandlung gewesen. Anlass ist ein Fall, in dem die Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV) tatsächlich darauf pocht, dass der beklagte Bauer schon bei der Aussaat seines Nachbausees und ohne spezielle Aufforderung, geschweige denn der Vorlage von Anhaltspunkten durch die STV, Nachbaugebühren hätte zahlen müssen. Er habe schließlich die Möglichkeit gehabt, sich die fällige Nachbaugebühr über die Informationen auf der STV-Homepage auszurechnen, so die Argumentation. Hintergrund ist, dass die

STV erst nach Ablauf des entsprechenden Wirtschaftsjahres durch eine Aufbereiterkontrolle jene Anhaltspunkte vorlegen konnte, die es nach einer früheren Entscheidung des EUGH braucht, um überhaupt Auskunft erlangen zu dürfen. Nun hat die STV kurzerhand beschlossen, um der Verjährung ein Schnippchen zu schlagen, dass bereits die Nachbauseesaat als solche die sofortige Verpflichtung zur Zahlung von Nachbaugebühren und damit auch die Auskunft an sie bedeute. Andernfalls komme es, so die STV-Auffassung, zu einer Sortenschutzverletzung, die auch noch ein Anrecht des Züchters auf Schadensersatz entstehen ließe. Das Landgericht Mannheim sieht diese Rechtsauffassung kritisch, schreibt in seinem Beschluss: „Gegen eine solche Betrachtungsweise, die es mit sich bringen würde, dass der Landwirt verpflichtet wäre, die Nachbaugebühr unaufgefordert vor der Aussaat zu entrichten, bestehen aus Sicht des vorlegenden Gerichts Bedenken.“

Kritische Betrachtung

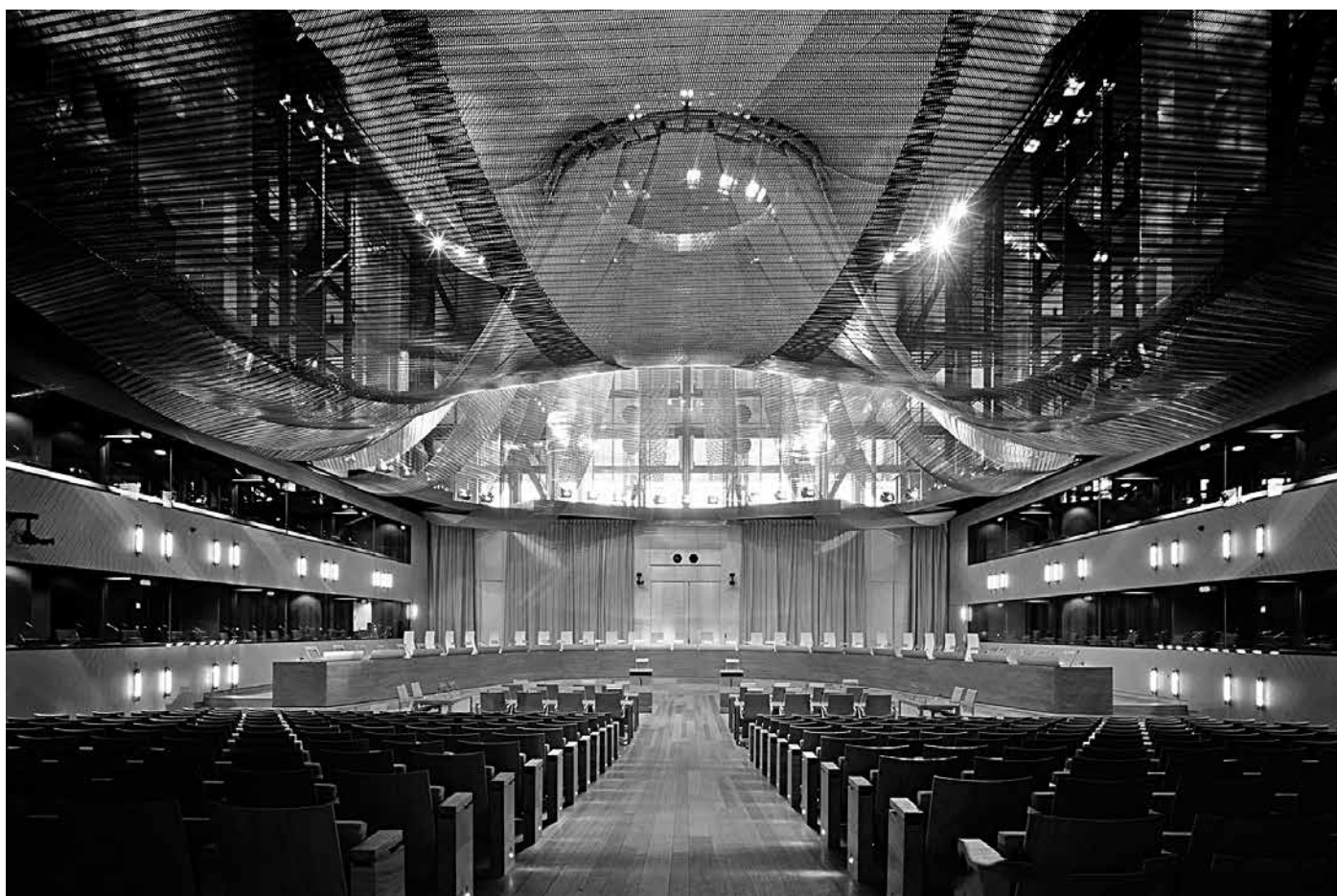
Die individuelle Pflicht des Landwirts zur Zahlung der Nachbaugebühr entstehe, so die Auffassung der Mannheimer Richter, erst zum Zeitpunkt der tatsächlichen Nut-

zung des Ernteguts zu Vermehrungszwecken im Feldanbau. Zwar könne wohl der Sortenschutzinhaber Zeitpunkt und Art der Zahlung bestimmen, jedoch keinen Zahlungstermin festlegen, so das Gericht weiter. Die Verordnung gebe das nicht her, wohl aber dass das Recht des Sortenschutzinhabers, Auskunft über Nachbauhandlungen zu verlangen, im Grundsatz mit dem Ablauf des Wirtschaftsjahres ende. Den Einwand der STV, die Bauern könnten risikolos darauf spekulieren, nicht entdeckt zu werden, mag das Landgericht Mannheim nicht recht gelten lassen. Es verweist auf die vergleichbaren Erwägungen, die der EUGH bereits im Zusammenhang mit der Verneinung des generellen Auskunftsanspruches angestellt hatte: Es gebe Möglichkeiten für die Sortenschutzinhaber, ihre Rechte angemessen durchzusetzen. Ob nun der EUGH erneut so entscheidet ist allerdings offen, wahrscheinlich sitzen ganz andere Richter und ein anderer Generalanwalt an der Sache. Die kritische Haltung der Mannheimer Richter in Richtung STV-Auffassung mag am Ende kaum mehr eine Rolle spielen, jetzt ist sie allerdings vorerst ein positives Zeichen im Sinne der Bauern und Bäuerinnen. cs



Genpollen im Honig

Der Europäische Gerichtshof hatte entschieden, dass Pollen im Honig bezüglich der Kennzeichnung wie eine Zutat zu bewerten seien. Demnach muss gentechnisch veränderter Pollen auf dem Etikett gekennzeichnet werden. Der Honig wäre in Europa nicht verkaufsfähig. Eine Koexistenz von Imkern und Genmaisfeldern ausgeschlossen. Der Kommission ist es jetzt gelungen, mit ihrer Honig-Richtlinie ebendiesen Ausschluss zu umschiffen. Zukünftig soll Pollen als natürlicher Bestandteil des Honigs definiert werden. Damit ist eine Kennzeichnung, auch gentechnisch veränderter Pollen, nicht mehr vorgeschrieben. Mit der Abstimmung des Ministerrats im Mai ist der Weg frei, damit gentechnisch veränderter Pollen im Honig bald als natürlicher Bestandteil gelten kann. Die Imkerverbände hatten die Bundesregierung im Vorfeld detailliert auf die Probleme einer solchen Definition aufmerksam gemacht. Denn laut Kennzeichnungsverordnung sind gentechnische Verunreinigungen nur dann bis 0,9 Prozent zulässig, wenn sie zufällig und technisch unvermeidbar waren. Auch der Umgang mit gentechnisch verändertem Nektar bleibt unklar. Dabei hätte die Bundesregierung, wenn sie sich wie Frankreich und Tschechien enthalten hätte, gemeinsam mit der Ablehnung Ungarns die Änderung der Richtlinie stoppen können. mn



Wenn genug Bauern kommen, wird vielleicht im großen Sitzungssaal verhandelt

Foto: Fessy/ EuGH

Europäisch zulassen - national verbieten

Abstand halten

Künftig ist der Anbau von Gentechnik-Pflanzen in Baden-Württemberg in einem Schutzgürtel von 3 km um Naturschutz- oder Biosphärengebiete verboten, so das zuständige Ministerium Anfang Mai. Damit nutzt Baden-Württemberg die rechtlichen Spielräume für Bundesländer, um Gentechnik einzuschränken. Baden-Württemberg ist das zweite Bundesland, welches Schutzzonen um Naturschutzgebiete einführt. Angestoßen hat diese Diskussion Brandenburg, die 2008 erlassen haben, dass es bei Bt-Mais (Insektenresistentem Gentechnik-Mais) einen Abstand von 800 Metern zu FFH und Naturschutz-Gebieten geben soll. Auch Rheinland-Pfalz plant laut Koalitionsvertrag, den Schutz von Naturschutzgebieten vor gentechnischer Kontamination in das Landesnaturschutzgesetz aufzunehmen. Vorreiter ist Bulgarien, das 30 km Abstand zu Naturschutzgebieten festgelegt hat. av

Die EU vertritt die Interessen der Gentechnikkonzerne, während der Schutz vor GVO zur Ländersache wird

Die derzeitige Debatte zu nationalen Gentechnik-Anbau-Verboten und zum zukünftigen Zulassungsverfahren ist ein Erfolg der gentechnikkritischen Bewegung. Dennoch, dass ist allen Gentechnikgegnern klar, ist es nur das Verhindern von noch Schlimmerem, denn auch die Konzerne haben im Gerangel um Zulassungs- und Verbotsmodalitäten Erfolge erzielt.

Wenn voraussichtlich am 12. Juli über den „griechischen Vorschlag“ über die nationalen Anbauverbote abgestimmt wird, könnte ein inzwischen vier Jahre dauernder Prozess zu Ende gehen. Ein Ziel der gentechnikfreundlichen EU-Kommission ist es, die Zulassung gentechnisch veränderter Sorten zu beschleunigen. Der Vorschlag Griechenlands, das aktuell die Ratspräsidentschaft innehat, ist offenbar auch auf Druck von England eingebracht worden, das in jüngster Vergangenheit immer wieder einen offeneren Umgang mit gentechnisch veränderten Pflanzen in der Landwirtschaft forderte.

Der Vorschlag in seiner derzeitigen Version sieht vor, dass die Mitgliedstaaten, im Falle einer positiven Bewertung einer zur Zulassung anstehenden Gentechnikpflanze durch die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA), innerhalb von 30 Tagen mitteilen müssen, dass sie den Anbau auf nationaler Ebene verbieten wollen. Die Kommission leitet dies unmittelbar an das beantragende Gentechnikun-

ternehmen weiter, das wiederum innerhalb von 30 Tagen darüber entscheiden kann, ob es dem Wunsch nachkommt. Aussehen könnte eine Zulassung dann wie folgt: „Für den Mais 0815 wird eine Zulassung in der gesamten EU mit Ausnahme der Länder/Gebiete X und Y beantragt.“

Nationale Verbote

Besteht das Unternehmen jedoch auf eine europaweite Zulassung, können die Länder unter bestimmten Umständen, auch das regelt der neue Vorschlag, im Nachhinein ein nationales Verbot erlassen.

Ganz deutlich wird, dass den Gentechnikkonzernen großer Einfluss eingeräumt wird, auch wenn, anders als in einer ersten Version, die Regierungen der Mitgliedsländer nicht mehr direkt, sondern nur noch mittelbar über die EU-Kommission mit den Unternehmen über Zulassung und Anbauverbot verhandeln.

Geteiltes Europa

Die Regierungen der gentechnikkritischen Mitgliedsländer könnten zukünftig immer wieder vor die Entscheidung gestellt werden, sich durch eine Zustimmung auf europäischer Ebene ein nationales Verbot bei den Konzernen zu „erkaufen“. Dies stellt nicht nur eine europäische Gemeinschaft in Frage, sondern auch die Ernsthaftigkeit, mit der dem Wunsch der Bevölkerung nach einer Landwirtschaft ohne Gentech-

nik nachgekommen wird. Es scheint schwer vermittelbar und verzerrt auch die Aussage, dass eine Regierung, obwohl sie gegen Gentechnik im eigenen Land ist, dieser auf europäischer Ebene zustimmt. Auch der wirtschaftliche Vorteil, gentechnikfreie Produkte ohne immensen Trennungsaufwand und –kosten erzeugen zu können, müsste aufgegeben werden – Folgekosten zahlen derzeit die gentechnikfreien Unternehmen.

Unsichere Rechtslage

Der aktuelle Entwurf sieht die Möglichkeit eines Verbots in den Mitgliedsländern nach Erteilung der europaweiten Zulassung vor, allerdings nur, wenn die Länder dies in der ersten Phase schon versucht haben und auch erst nach Ablauf von zwei Jahren! Um jahrelang andauernde Rechtsstreitigkeiten zu vermeiden wäre es wichtig, eine möglichst eindeutige und solide Rechtslage zu schaffen. Hier bleibt der Entwurf aber vage. Mögliche Verbotsgründe müssen generell „begründet, verhältnismäßig und nicht diskriminierend“ sein. Der Bund ökologische Lebensmittelwirtschaft kritisiert hieran: „... – diese unbestimmten Rechtsbegriffe bieten viel Interpretationsspielraum.[...]Wie vor diesem Hintergrund die zulässigen Verbotsgründe – Umwelt- und landwirtschaftspolitische Ziele, Stadt- und Landplanung, Landnutzung – inhaltlich gefüllt werden können, ist unklar. Sicher ist jedoch, dass eine Konzernklage gegen einen Mitgliedstaat zu jahrelanger Rechtsunsicherheit führen würde.“

Auf der Zielgeraden

In einem Entschließungsantrag hat der Deutsche Bundestag festgelegt, dass ein nationales Anbauverbot auch ohne die Angabe von neuen, objektiven Gründen jederzeit möglich sein muss. Auch müssen Maßnahmen zum Schutz gegen den GVO-Eintrag in benachbarte Mitgliedsländer möglich sein. Diese Konkretisierungen sind derzeit noch nicht Bestandteil des griechischen Vorschlags. In ersten Gesprächen mit dem Ausschuss der ständigen Vertretung wurden diese vorgebracht. Matthias Miersch, der ganz maßgeblich an der Aufnahme der beiden Punkte mitgewirkt hat, fordert: „Die Bundesregierung ist gehalten, den Entschließungsantrag des Bundestags zur Grundlage ihrer Entscheidung zu machen. Eine Zustimmung ohne die Möglichkeit eines jederzeit möglichen nationalen Verbots, auch ohne die Angabe von neuen objektiven Gründen, ist nicht akzeptabel.“



Die Politik sollte sich nach dem Willen der Gesellschaft richten

Foto: Meissner/campact

Alte Probleme mit neuen Pflanzen

Ein resistenter Raps schlägt zu

Clearfield - der klingende Name verspricht einen „sauberen“ Acker ohne Unkraut. Hinter der Marke Clearfield® verbirgt sich ein vom Agrar- und Chemiekonzern BASF entwickeltes Produktionssystem aus Saatgut und dazu „passendem“ Herbizid. Der in Deutschland seit 2012 angebaute Clearfield®-Raps ist gegen das Herbizid Vantiga D mit dem Wirkstoff Imazamox (ALS-Hemmer) resistent. Die BASF stellt selbst nur das Herbizid her, hält aber auch beim Saatgut alle Fäden in der Hand. Das Unternehmen besitzt die Rechte an der Dachmarke Clearfield®, unter der beide Produkte verkauft werden. BASF stellt den Züchterhäusern das genetische Material mit der Resistenzeigenschaft zur Verfügung, damit diese sie in ihr Sortenprogramm einkreuzen können. Bei Winterraps beteiligen sich derzeit u. a. die Norddeutsche Pflanzenzucht, die Deutsche Saatveredelung, Monsanto, Pioneer und Bayer CropScience. Das System kommt seit einigen Jahren auch bei Sonnenblumen (seit 2003) und Reis (seit 2005) zum Einsatz. Herbizidresistente Winterrapsorten haben ihre Zulassung erst 2011 in England erhalten und sind seither über die EU-Sortenliste auch in Deutschland vertriebsfähig. Angebaut wurde Clearfield®-Raps in Deutschland erstmals 2012 auf 3.000 Hektar. 2013 wurde der Raps laut Angaben der BASF bereits auf 9.000 Hektar angebaut. Wo genau diese Flächen liegen, ist derzeit nicht bekannt.

Mutagenese

Bei herbizidresistenten Pflanzen dachte man bislang vor allem an den berüchtigten Wirkstoff Glyphosat („Roundup“) und an Gentechnik. Nach Aussagen der BASF ist die Resistenz beim hier angebauten Raps aber mit Hilfe eines als konventionell definierten Verfahrens (Mutagenese) gezüchtet worden. Und genau da beginnen die Probleme. Denn während es im Fall der gentechnisch veränderten Pflanzen zumindest einen rechtlichen Rahmen gibt, so mangelhaft dieser auch sein mag, findet der Anbau von Clearfieldraps ungeregt statt, und gerade das macht ihn so brisant. Denn für konventionelle Zuchtverfahren, bzw. die daraus resultierenden Pflanzen, gibt es weder Kennzeichnungsvorschriften für das Saatgut noch Regelungsvorschriften wie bspw. Koexistenzabstände, Mitteilungs- und Aufzeichnungspflichten des Erzeugers,

Vorgaben zur Lagerung und Beförderung, Anzeigepflichten gegenüber Lohnunternehmern, Ansprüche bei einer Nutzungsbeeinträchtigung benachbarter Flächen oder öffentlich einsichtige Standortregister. Zwar gibt es derzeit eine freiwillige Kennzeichnung des Saatgutes – am Ende der Sorte kann ein „CL“ angehängt werden. Für einen betroffenen Landwirt gibt es keine Möglichkeit zu erfahren, ob in der unmittelbaren Nachbarschaft CL-Raps angebaut und ggf. die eigene Ernte beeinträchtigt wird.

Auskreuzung vorprogrammiert

Raps ist zu einem hohen Anteil Fremdbefruchter. Die bestäubenden Insekten haben sehr weite Aktionsradien. Auch der Wind kann die leichten Pollen über 20 Kilometer tragen. Problematisch ist ferner, dass Rapsamen relativ klein sind und gut rollen, d. h. entlang der Transportwege wächst Ausfallraps, und eigene Wildpopulationen können sich etablieren. Rapsamen können außerdem 15-20 Jahre im Boden überdauern. Wenn sie keimen, wächst Raps wild oder als Durchwuchs auf. So kann auch die Eigenschaft der Herbizidresistenz noch über Jahre an nachfolgend angebauten oder anderen Ausfallraps weitergegeben werden. Darüber hinaus muss mit Auskreuzungen in nahe verwandte Kultur- und Wildpflanzen gerechnet werden. Besonders problematisch ist der Anbau von CL-Raps in Zuckerrübenanbaugebieten, da die Rapsverunkrautung die Erträge senkt und die holzigen Stängel die Zerkleinerungsanlagen der Zuckerrübenfabriken stilllegen können.

Besonders kritisches Verfahren

Bisher gibt es zu dieser längst bekannten Problematik keine konkrete rechtliche Regelung, auch ein seit 2012 angekündigtes Fachgespräch der Bundesregierung hat noch immer nicht stattgefunden. Weil die Folgen dieses Anbausystems absehbar waren, haben sich z. B. die Nordzucker AG sowie sieben Landwirtschaftskammern bereits vor mehr als zwei Jahren äußerst kritisch zum CL-Raps geäußert. Die Nordzucker AG rät seit 2011 „dringend“ vom Anbau von CL-Raps in Zuckerrübenfruchtfolgen ab und auch das umfangreiche Informationsblatt der Landwirtschaftskammern spricht eine deutliche Sprache. Zwar werden dem System, z. B. bei der Bekämpfung von



Clearfield im Anflug

Foto: Koch-Schmid/pixeli

Kreuzblütlern im Raps, durchaus Vorteile bescheinigt, doch wird es als „besonders kritisch“ erachtet, „dass eine verbindliche Regelung für eine saubere Koexistenz zwischen Clearfield- und konventionellem Raps fehlt“. Und weiter heißt es: „Dort wo eine unkontrollierte Ausbreitung der Clearfield-Eigenschaft nicht ausgeschlossen werden kann, lehnen wir das System ab.“

Auskreuzung optisch ganz schön

Die BASF hofft indes, durch die Clearfield®-Herbizide die Milliardenumsätze mit Pflanzenschutzchemie noch weiter steigern zu können. Auf die Kritik der Landwirtschaftskammern, die auch 2014 noch nicht verstimmt ist, reagiert der Konzern zum einen mit einer Zahlen-, Fakten- und Bildreichen Gegeninformationskampagne (z. B. mit einem auf der BASF-Homepage verfügbaren „Weißbuch Clearfield®“) und zum anderen mit

Beschwichtigungen, die in ihrer Schlichtheit und Ignoranz kaum zu überbieten sind. In einem im Januar 2013 ausgestrahlten Fernsehbeitrag im ARD-Wirtschaftsmagazin Plusminus kommentierte der BASF-Pflanzenschutzsprecher die ungewollte Verbreitung von CL-Raps folgendermaßen: „Transportwege heißt in dem Fall Schiene oder Straße. Dort findet normalerweise keine Ackernutzung statt. Von daher ist es auch kein Problem, wenn dort ein bisschen Raps steht. Das ist dann sogar optisch oft recht schön (...)“

Eva Glinsky,
Koordinatorin der IG Saatgut

www.abl-ev.de/themen/gentechnikfrei/hintergruende-positionen.html

Wenn es Erfahrungen mit dem Anbau von Clearfield-Raps in Ihrer Region gibt, melden Sie sich gerne bei der AbL, Tel: 04131/400720.

Mögliche Probleme beim Anbau von CL-Raps:

- Durch Erntemaschinen und Transport kann sich CL-Raps ungewollt auf anderen Flächen ausbreiten
- Ausfall-Raps, der z. B. in Getreideäckern auftritt, senkt die Erträge dieser Nachfolgekultur und lässt sich mit gängigen Mitteln, die zur Unterdrückung von Raps eingesetzt werden, nicht bekämpfen, da diese Präparate ebenfalls ALS-Hemmer enthalten.
- Der Wirkstoff Imazamox fördert die Entwicklung weiterer Herbizidresistenzen. Bislang war Winterraps eine ALS-Hemmer-freie Kultur. Bei Raps in Getreidefruchtfolgen erfolgte daher automatisch ein Wirkstoffwechsel. Ein durch Imazamox erweiterter Einsatz von ALS-Hemmern erhöht den Selektionsdruck auf Unkräuter und fördert damit Resistenzen. Betroffen sind Kamille, Fuchsschwanz, Windhalm, Weidelgräser usw.

„Backen ist meine Leidenschaft“

Das Familienunternehmen Fink legt Wert auf natürliche Produkte mit regionaler Herkunft

Egomobil-Tour

Eine agrarpolitische Umweltbildungstour quer durch Deutschland startet am 1. Juli 2014 in Witzenhausen. Auf dem Weg Richtung Süden möchte Nimue Dröge mit Gesprächen, Aktionen und Veranstaltungen auf verschiedenen Höfen für eine ökologische, kleinbäuerliche Landwirtschaft und den Einsatz von Zugpferden mit modernster Pferdegertechnik werben. Derzeit plant die Absolventin des Bachelorstudiengangs Ökologische Landwirtschaft und angehende Naturpädagogin ihre Reisen mit Kaltblutstute und Planwagen von Witzenhausen bis an den Bodensee. Während ihres Studiums hat sich Nimue Dröge theoretisch und praktisch mit den Vor- und Nachteilen des Arbeitspferdeinsatzes beschäftigt und ist zu dem Entschluss gekommen, dass sich der Einsatz von Arbeitspferden aus wirtschaftlicher und besonders auch aus ökologischer Sicht lohnt. Jetzt möchte sie ihr Wissen teilen und andere vom Einsatz der Kaltblüter begeistern. Ganz aktuell sucht sie nach Höfen, die im Sommer Hoffeste veranstalten oder auch einfach Unterkunft und Unterstützung anbieten. Ziel der Tour ist es, die Menschen zum Nachdenken darüber anzuregen, wie eine nachhaltige Naturnutzung aussehen könnte. „Viele Menschen wissen nicht, wie wundervoll die landwirtschaftliche Arbeit mit Zugpferden ist und dass sich diese auch wirtschaftlich lohnen kann.“

Wer jetzt Interesse bekommen hat, kann unter <http://eqomobil.wordpress.com> mehr erfahren, oder direkt: eqomobil@posteo.de bzw. unter 0177-4737272 mn

Im Kinzigtal, zwischen Vogelsberg und Spessart, liegt die Brüder-Grimm-Stadt Steinau. Hier backt die Familie Fink seit 13 Generationen Brot. Und auch die kommende Generation, gerade in der Ausbildung, steht bereit, die Familientradition fortzuführen. Es ist Leidenschaft, mit der Jürgen Fink von seinen Produkten spricht. „Ein Brot muss so gut sein, dass es allein schon mit Butter schmeckt!“ Täglich steht er mit seinen Angestellten schon in den frühen Morgenstunden in der Backstube. Die ehemals kleine Bäckerei, in der die Menschen in den 1960er Jahren noch die eigenen Kuchenbleche zum Backen brachten, hat sich längst zu einem mittelständischen Handwerksbetrieb entwickelt. Aktuell arbeiten allein in der Backstube zehn Personen. In den beiden Filialen, dem mobilen Verkaufswagen und auf den Wochenmärkten sind nochmals 20 Menschen beschäftigt.

Aus der Region für die Region

Ganz wichtig ist Jürgen Fink der regionale Bezug. Der Roggen wird von Frank Ahmend, einem Bauern aus Steinau, angebaut, in der Erlenmühle im Vogelsberg vermahlen und dann verbacken.

Die Bäckerei Fink liegt schon immer mitten in der Stadt. Ganz bewusst hat sich Jürgen Fink dafür entschieden, auch mit der vor wenigen Jahren erfolgten Betriebserweiterung nicht in das Industriegebiet auszusiedeln, sondern am traditionellen Standort zu bleiben. „Die Kunden sollen wissen wo ihr Brot herkommt“, erzählt Fink. Gerne nimmt er dafür auch einige Nachteile, wie z.B. besondere Ruhezeiten, in Kauf. Dass ihm Werte wichtig sind und nicht immer die vermeintlich einfachste Lösung den richtigen Weg zeichnet, das zeigt sich auch wenn Jürgen Fink über sein Brot spricht. Ganz bewusst verzichtet er auf Vormischungen und Backhilfsmittel. Im Gegenzug muss der Teig oft länger reifen, braucht Zeit um zu gehen. Immer wieder neu, je nach der Qualität des Mehls, müssen die Bäcker den Teig beurteilen. „Backen ist ein ständiger Lernprozess“, sagt Fink, „ganz besonders, wenn man wie wir auf standardisierte Mehle und Hilfsmittel verzichtet.“

„Früher war Mehl für mich einfach nur weiß“, erzählt Jürgen Fink. Erst die Zusammenarbeit mit Frank Ahmend und der Wille, regionales Getreide zu verarbeiten machten es notwendig, sich auch mit den wechselnden Mehlqualitäten zu beschäftigen. Zuerst aber musste eine geeignete Mühle in der Nähe gefunden werden, die bereit war, die vergleichsweise kleinen Par-

tien zu verarbeiten. Früher gab es in Steinau entlang der Kinzig vier verschiedene Mühlen, von denen heute keine mehr in Betrieb ist. Die Erlenmühle von Winfried Schönherr, in der der Roggen jetzt gemahlen wird, liegt im ca. 40 Kilometer entfernten Kleinluder im östlichen Vogelsberg.

„Es sind vor allem diese kleineren Strukturen, die immer wieder fehlen“, beklagt auch Frank Ahmend, der auf seinem Hof neben Lichtkornroggen für die Bäckerei Fink Weizen, Gerste und Hafer sowie Silomais für seine 75 Milchkühe, die weibliche Nachzucht, Mastbullen und Geflügel anbaut. Über den Hofladen vermarktet er Rindfleisch, aber auch die Eier von 150 Hühnern sowie Gänse und Puten. Auch die Bäckerei und die Eisdielen beziehen ihre Milch direkt von ihm. Der Rest geht an

Züchter zu unterstützen und eine handwerkliche Produktion zu erhalten, hat sich der Verein Die Bäcker. Zeit für Geschmack e.V. im Jahr 2011 gegründet, in dem auch die Bäckerei Fink Mitglied ist. Um Kunden auf die Problematik aufmerksam zu machen, wird in diesem Jahr von den Mitgliedsbetrieben ein Brot aus Erhaltungssorten oder biologisch gezüchteten Sorten gebacken, dessen Verkaufserlös dem Saatgutfond der Zukunftsstiftung Landwirtschaft gespendet wird. In der Bäckerei Fink wird es ein Roggenbrot aus Lichtkornroggen sein.

Sich abheben

Es ist die Suche nach dem Alleinstellungsmerkmal, dass die beiden Betriebsleiter verbindet. „Raus aus der Vergleichbarkeit“, ist das Motto von Jürgen Fink. Ne-



Ein gutes Team: Bauer Frank Ahmend und Bäcker Jürgen Fink (v.l.)

Foto: Nürnberger

Hochwald. Seit vier Jahren arbeitet Frank Ahmend mit der Bäckerei Fink zusammen. Der Preis für den Roggen wird jährlich neu ausgehandelt und liegt in der Regel ca. zwei Euro über dem Marktpreis.

Das Saatgut

Seinen Anfang hatte die Kooperation, als Jürgen Fink auf einer Veranstaltung mit dem Saatgutzüchter Peter Kunz auf die Saatgutproblematik aufmerksam wurde. Der Züchter berichtete von der immer weiter zunehmenden Konzentration der Saatgutunternehmen und der damit steigenden Abhängigkeit von Bauern und Bäckern. Er berichtete von dem viele Jahre dauernden Prozess der Züchtung neuer Sorten, den hohen Kosten und den immer weniger werdenden unabhängigen Züchtern. Um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken, alternative Züchtungsmethoden und

ben dem Geschäft in Steinau gibt es eine Filiale im benachbarten Schlüchtern, wo vier Bäckereien um Kunden werben. Aber auch auf den Märkten in Hanau, Frankfurt und Gelnhausen gilt es, das besondere gerade dieser Bäckerei herauszustellen. Immer dabei ist deshalb ein mobiler Holzbackofen. Dass handwerkliches Backwerk etwas ganz Besonderes ist, müssen auch die Kunden lernen. Wenn in der Backstube mit nicht standardisierten, heimischen Rohstoffen gearbeitet wird, dann sehen die Backwaren nicht immer genau gleich aus. Das ist in einer Zeit, in der das Äußere alles zu sein scheint manchmal schwer zu vermitteln, berichtet Fink. Gerade zu Beginn wendeten sich einige Kunden ab. Inzwischen haben die Kunden aber die besondere Qualität schätzen gelernt und gerade das Roggenbrot bekommt er förmlich aus der Hand gerissen.

Leserbrief

Liebe Redakteure,

da wo die ökologische Landwirtschaft passt, und damit ein gutes Familieneinkommen ohne endlose Arbeitszeiten erwirtschaftet werden kann, ist sie am richtigen Platz.

Da die wirklich ökologische Erzeugung von Futter- und Lebensmitteln das allerbeste Verfahren ist, sind eigentlich nur die Geldanleger und die Lebensmittelindustrie dagegen, weil sie dabei die Verlierer sind. Eine komplette, weltweite ökologische Erzeugung mag auf längere Sicht möglich sein, aber bis dahin kann eine an Ackerland gebundene bäuerliche Landwirtschaft, wobei die meisten Futtermittel fürs Vieh auf dem eigenen Mist gewachsen sind, auch Probleme lösen. Dabei können überschaubare Kuhherden auf hofnahen Weiden ihre Pansen füllen und brauchen ihr Leben nicht nur auf Beton und in Boxen verbringen!

Eine konventionelle bäuerliche Landwirtschaft, die wegen immer effektiveren Fruchtfolgen wenig Chemie braucht und

eine hochmoderne, wirklich artgerechte Tierhaltung in luftigem Stall und Freiluftanlagen betreibt, ist auch eine gute Lösung. Das Familieneinkommen muss stimmen, und die arbeitsfreie Zeit gehört zum Leben wie das tägliche Brot. Das ständige „Wachsen“ in den letzten Jahren hat vielen Menschen, Tieren und der Artenvielfalt nur geschadet. Seit es den EU-Agrarhaushalt gibt, werden die Direktzahlungen nach dem Motto verteilt: „Wer viel hat, dem wird viel gegeben.“ Gertraud Gafus hat vollkommen recht, wenn sie die Direktzahlungen am liebsten bei den vielfältigen Bauernhöfen sieht, und nur da ist das Geld der europäischen Steuerzahler bestens angelegt.

Das jetzige Auszahlungssystem fördert nur den Größenwahn mit all seinen negativen Folgen für kommende Generationen und Gottes Schöpfung.

*Martin Ramschulte,
48624 Schöppingen*

Merci Willi

Als ich Willi Dohemann kennenlernte, war er schon ein älterer Herr und ich die neue, junge bei der *Bauernstimme*. Er begegnete mir mit einem ehrlichen Interesse, Wohlwollen und einer so sympathischen Offenheit, er machte mir den Weg in die Abl-Familie leicht. Er und seine Anne-Ev beeindruckten mich mit ihrem konsequenten Weg eine artgerechte Tierhaltung in den Mittelpunkt ihres landwirtschaftlichen Betriebs bei Diepholz in Niedersachsen gestellt zu haben, schon zu Zeiten als noch kaum jemand über Tierwohl redete. Und sie rührten mich in ihrer Gemeinsamkeit, so händehaltend wollte ich auch mal alt werden. Sie sind zusammen alt geworden, feierten 2012 ihre diamantene Hochzeit, freuten sich nach der Hofabgabe 1995 am Ruhestand und blieben doch politisch als Streiter für die bäuerliche Landwirtschaft aktiv. Als Pionier der Abl und des Neuland-Programms für eine artgerechte Tierhaltung mischte Willi Dohemann sich immer noch in die Debatten ein, bäuerlich und artgerecht war ihm eine Herzensangelegenheit. Das Miteinander von Landwirtschaft und Gesellschaft stand im Mittelpunkt der von ihm mitgegründeten Bremer Erzeuger Verbraucher Genossenschaft, und in seiner Kirchengemeinde engagierte er sich für die, denen nicht immer die Sonnenseite des Lebens vergönnt war. Aber Willi Dohemann hatte auch ein Auge für seine Mitstreiter, sein Wohlwollen und sein Lob für die *Bauernstimme* war unerschütterlich und hat gut getan. Seine motivierenden Karten zu Weihnachten an die Abl-Geschäftsstelle waren eine Freude und seine große Schachtel Merci-Schokolade zum selben Anlass legendär. Wie oft habe ich ihm in Gedanken gedankt für den schnellen Zuckernachschub in der stressigen Endredaktion und das seit nunmehr über 20 Jahren. Leider ist Willi Dohemann nun nicht mehr da, wir denken an Anne-Ev und die Kinder und sagen: „Merci“

*Claudia Schievelbein,
Unabhängige Bauernstimme und Abl-Bundesvorstand*



Erst durch bäuerliche Landwirtschaft wird Bioanbau ökologisch

Foto: Menzler/BLE

Johannes Deventer

Johannes Deventer war ein wundervoller Mensch, voller Lebensfreude. Ein ganz besonderer Bauer. Den Hof, den er von seinen Eltern übernahm, entwickelte er vor fast dreißig Jahren mit seiner Familie zu einem der ersten Biohöfe im konservativen Münsterland. Wie nur wenige Biopioniere blieb Johannes dabei tief verwurzelt und anerkannt in der Dorfgemeinschaft, war im Kirchenvorstand aktiv und fehlte auch bei keinem Schützenfest. Umso selbstverständlicher ging er seinen eigenen Weg. Der gängigen Wachstumslogik in der Landwirtschaft folgte er nicht; er suchte die Perspektiven für sich und den Hof bewusst innerhalb der verfügbaren Ressourcen und im direkten Austausch mit den VerbraucherInnen; sein Hofladen und die jährlichen Apfelsaftaktionen stehen beispielhaft dafür. Er war beeindruckend vielseitig interessiert und ergründete Zusammenhänge, die nicht sofort ins Auge springen oder für die uns der Blick abhanden gekommen ist. Referenten von nah und fern holte er nach Rinkerode, um gemeinsam mit anderen Neues zu erfahren. Manches davon hat auf dem Hof seinen lebendigen Niederschlag gefunden. Das Dorfgemeindehaus machte er so zur Volkshochschule im besten Sinne, und wie beiläufig knüpfte Johannes ein weitreichendes Netz, das die unterschiedlichsten Menschen, Auffassungen und Lebenswelten verbunden hat. Er hat Türen geöffnet.

Am 14. Mai ist Johannes mit nur 56 Jahren wie aus dem Leben gerissen an einer seltenen Infektion gestorben.

Unser besonderes Mitgefühl gilt seiner Frau Maria und dem Sohn Lukas.

Abl-Vorstände, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Mit Biosauen raus aus dem Hamsterrad

Eine Betriebsentwicklung der etwas anderen Art

Wilhelm Schulte-Remmert ist einer, wie ihn sich der Bauernverband gerne auf Plakatwände in Sachen Image-Kampagne klebt. Ein gestandener 50jähriger mit über 30 Jahren Erfahrung im Sauenstall und doch noch ausgestattet mit Dynamik und Unternehmungslust. Offen immer für neue technische Entwicklungen oder wissenschaftliche Erkenntnisse, mit Bewusstsein für die Stellschrauben, an denen man zu drehen hat, um mit Sauenhaltung Geld zu verdienen. Besuchergruppen und Verbandspräsidenten haben schon im Stall gestanden und anerkennend genickt über 450 Sauen. Und die Pläne für eine Aufstockung auf 800, und damit auch eine mögliche Zukunftsperspektive für Sohn Sebastian, lagen schon in der Schublade. Inzwi-

Großwetterlage, die konventioneller Tierhaltung immer weniger verlässliche Rahmenbedingungen bietet.

Neue Abhängigkeiten

Es war Weihnachten 2011, Zeit und Muße zum Nachdenken in der Familie in dem übersichtlichen katholischen Dorf Dedinghausen auf dem platten Land zwischen Dortmund und Paderborn. Schweine gibt es viele, Land eher weniger, Güllekooperationen sind Gang und Gäbe, Biogas ist als Konkurrent um Pachtflächen in den letzten Jahren hinzugekommen. Auch die Schulte-Remmerts hätten mit ihren 31 Hektar Eigenland einen Kooperationspartner für die Tierzuchtlaufstockung gebraucht, gefühlt eine weitere Abhängigkeit neben denen, die sowieso schon

ökologischen Sauenhaltung mit heimischer Fütterung und einer regionalen Wertschöpfungskette. Ob es irgendwann den Dorfladen in Dedinghausen in der alten Scheune neben der Kirche geben wird, und man dann dort wirklich Schweinenacken von Schulte-Remmertschen Ferkeln kaufen kann, steht in den Sternen.

Neue Realitäten

Auf der grünen Wiese am anderen Dorfe steht aber nun bald ein Sauenstall, eigentlich ein Sauenhaltungsareal, was seinesgleichen sucht. Mit einer „wohltuenden Offenheit“ seien ihnen die Menschen begegnet, die die Schulte-Remmerts in ihrem Entscheidungsprozess besucht und getroffen haben. Auf ökologische Schweinebetriebe in Nord- und Süddeutschland und bis in die Schweiz sind sie gereist, haben mit Beratern und Vermarktern geredet und gerechnet und schließlich beschlossen, einen Stallkomplex mit viel frischer Luft und wenig Einengung für 150 Sauen in trennbaren Segmenten zu bauen und damit den für Wilhelm Schulte-Remmert bislang wichtigen Hygieneaspekt weiterhin ganz hoch zu halten. Der alte Stall wird so umgebaut, dass dort die Ferkel nach dem Absetzen noch aufgezogen werden. Statt wie bisher vier Wochen alte 8 kg-Ferkel an einen Mäster zu liefern, kooperiert der Betrieb nun mit drei Biolandmästern und einem Biolandmetzger, verkauft 12 Wochen alte 25 kg Schweine. Ein Teil der Mastschweine soll über die Biofleischvermarktungsgesellschaft in Kamen vermarktet werden. Ab 1.7. werden die ersten Sauen in den neuen Stall ziehen, noch dominieren örtliche Baufirmen das Geschehen. Wilhelm Schulte-Remmert merkt man die Anspannung in dieser Ruhe vor dem Sturm ein wenig an. Erst wenn Tiere drin sein werden, wird sich zeigen, ob die komplett freie Abferkelung, die er aus der Schweiz mitgebracht hat – die Sau kriegt eine Kiste, in die sie sich zurückziehen kann, die Ferkel auch – auch in der Soester Boerde funktioniert. Auch hat der Bauer Bedenken, als „Ökomassentierhalter“ von den einen und als nicht mehr einer von uns von den anderen geschmäht zu werden. Schulte-Remmert passt nicht so richtig ins Schema. Er ist weder der ideologische Öko, noch der nischenmitnehmende Prämienoptimierer. Der Ökolandbau ist für ihn weder betriebswirt-

schaftlicher Rettungsanker noch die aus seiner Sicht einzig richtige Wirtschaftsform. „Die Ökonomie bestimmt heutzutage fast alles, es ist keine Zeit mehr für die Seele, man verkümmert“, sagt Schulte-Remmert, es gebe keine Eigenständigkeit mehr. Da wolle er raus. Gleichzeitig sagt er auch: „Meiner Meinung nach wird oft im Ökolandbau zu wenig gerechnet.“ Er und sein Sohn haben viel gerechnet mit dem örtlichen Ökoberater, ob es reicht mit 150 Sauen für irgendwann drei Familien, schließlich soll auch der Mitarbeiter bleiben. Vor zwei Jahren waren die Bioschweinepreise noch rosiger als heute, auch da bleibt bei Schulte-Remmert eine gewisse Sorge. Eine Million Euro haben sie in die Hand genommen, Fördermittel und ein Innovationspreis helfen bei der Finanzierung aber es bleibt viel Geld. „Wenn ich als relativ großer Bauer Bio mache, dann muss das 110-prozentig sein“, damit war für Schulte-Remmert klar, dass hier nicht nur scharf an die Richtlinien ran gebaut wird, die Ausläufe sind beispielsweise größer. Die ganze derzeitige Tierwohldebatte spielt aber nur am Rande eine Rolle, man habe eben nicht hinterfragt, was man da mache, schließlich lebe man ja davon, sagt Schulte-Remmert. Es fehlte immer die Ruhe zur Reflektion, was man eigentlich wolle.

Neue Generation

So wenig wie der Vater in die gängigen Schubladen passt, tut es offenbar auch der Sohn. Nach der Ausbildung auf konventionellen Lehrbetrieben, geht er nun zur Ökofachschule nach Kleve und trifft dort unter den Hoferben auf die, die den elterlichen Hof umstellen wollen oder auf die junge Generation von Biobetrieben. Aber das jemand mit seinen Eltern gemeinsam umstellt, ist schon ungewöhnlich. Noch ein Jahr ist er weg vom Hof, kriegt natürlich vieles, was die Weichen jetzt für seine Zukunft stellt, nur aus der Ferne mit. Seinem Vater ist bewusst, dass es die Zukunft nur gibt, wenn er seinen Sohn mitnimmt und machen lässt. Wie die konkrete Zusammenarbeit auf dem Hof dann einmal sein wird, steht auch noch in den Sternen. Aber auf der Wiese steht ein innovatives Gebäudeensemble und Menschen, die viel Welttoffenheit, Unternehmergeist und Zukunftszuversicht ausstrahlen. cs



Betriebsentwicklung mit dem Blick für die nächste Generation

Foto: Schievelbein

schon ist das Geschichte. „Ich habe in den letzten zwei Jahren mehr über Schweine gelernt, als in den 32 Jahren vorher“, sagt er. Vor zwei Jahren haben er, seine Frau und seine drei Kinder – vor allem eben Sebastian, der Älteste, der nach Abschluss einer landwirtschaftlichen Lehre in den Betrieb eingestiegen ist – beschlossen, alles anders zu machen. Nicht weniger als die Befreiung aus dem Hamsterrad soll es sein, was die Familie Schulte-Remmert sich da vorgenommen hat. Denn als das empfand sie das allgegenwärtige Diktat der Stückkostenminimierung, verbunden mit vielerlei Abhängigkeiten und einer politischen und gesellschaftlichen

da sind: ein anonymer Schweinemarkt, ein globaler Futtermittelmarkt, Banken. Dazu immer weniger Bauern, immer weniger vor Ort erzeugte, verarbeitete und vermarktete Produkte, immer mehr ältere Leute auf den Dörfern, die die schwindende Infrastruktur immer weniger gut gebrauchen können. Während an den Weihnachtstagen die Schulte-Remmerts über die Zukunft ihres Hofes nachdachten, hatte sich mit ihnen im Dorf ein Bürgernetzwerk gegründet, was die regionalen dörflichen Strukturen wieder stärken oder neu etablieren will. In diesen Veränderungsgeist hinein entwickelten die Schulte-Remmerts die Perspektive einer

Beetpuzzle für Gartenanfänger

Für Kinder gibt es den Krogufanten, jenes dreigeteilte Spiralbuch mit dem man sich endlos neue Tiere zusammenpuzzeln und damit auch end- und alterslos Spaß haben kann. Für alle Gartenfreunde gibt es jetzt „Erbse liebt Radieschen“, gleiches Blätterprinzip, nur dass es darum geht, herauszufinden, welche Pflanzen gut zusammen auf ein Beet passen. Natürlich hinkt die ganze Angelegenheit etwas, aber einen netten Einstieg in die Welt der Misch-

kultur gibt das hübsch gestaltete und reich bebilderte Fotobuch doch. Ein traditionelles Beispiel: Kürbis, Mais und Bohnen teilen sich gern denselben Boden. Der Kürbis schützt die Wurzeln der Bohnenpflanze, diese wiederum reichert den Boden mit genügend Stickstoff an, während im Gegenzug feste Maispflanzen die Bohnen beim Wachsen stützen. Gut für Gartenanfänger und sicher auch für Kinder, die beginnen sich die Gärtnerei zu erschließen,

schließlich wissen sie ja schon wie man das Buch benutzt – dank Krogufant.

Erbse liebt Radieschen, ISBN 978-3-7843-5243-5, 104 Seiten, Spiralbindung, 2013 Landwirtschaftsverlag Münster



Kartoffelkinder entdecken die Welt

Die Knöllchenbande, die sechs Kartoffelkinder Molli, Christa, Siegelinde, Blauer Schwede, Rote Emmalie und Desiree leben in der Kartoffelscheune von Bauer Willi. Jede von ihnen hat einen eigenen Traum was sie einmal von der Welt sehen möchte. Eines Abends machen sie sich auf den Weg, um das Leben außerhalb der Scheune zu entdecken. Sie treffen auf den einsamen Maulwurf Volli und la-

den ihn kurzerhand ein, mit ihnen zu ziehen. So startet das Abenteuer: „Die Knöllchenbande ... unterwegs zu ihren Träumen.“ Die Kartoffelkinderaugen und die gute Maulwurfsnase nehmen auf ihrer Reise ihre Umgebung mit allen Sinnen auf und schildern sich gegenseitig ihre Wahrnehmungen. Sie begegnen anderen Tieren in der Natur und überwinden gemeinsam viele Hindernisse, um ihre Träume Wirklichkeit

werden zu lassen. 16 zusammenhängende Geschichten, reichlich und liebevoll farbig illustriert für ein Vorlesealter ab 4 Jahren. Ergänzt wird das Buch durch Spielanregungen im Anhang.

Die Knöllchenbande mit Texten von Erika Bock und Zeichnungen von Volker Nökel; 74 Seiten, ISBN 9781494934859- Preis 9.80 €, zu beziehen über Amazon.de

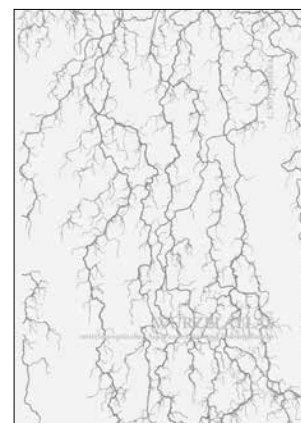
Wurzeln von Ackerunkräutern

Es ist der erste Band des Lebenswerks der wurzelbegeisterten Lore Kutschera und Ernst Lichtenegger. In dem jetzt wieder als Reprint vorliegenden ersten Band ihrer Wurzelatlasreihe widmet sich die inzwischen verstorbene Wissenschaftlerin den Wurzeln der Ackerunkräuter. Wie schnell ist man mit dem Trecker über die Stoppeln gefahren, hat alles mit dem Grubber schwarz gemacht. Und doch weiß man

wenig über die Pflanzen die da standen. Hat man die Unkräuter wirklich erwischt oder kommen sie einfach wieder? Der Wurzelatlas gibt Einblicke in Schichten, die wir uns so schwer vorstellen und erleben können. Wie tief reichen die Rizome der Quecke, die Wurzeln des Hahnenfuss oder der Vogelmiere? Die Autorin verführt in die Welt der Wurzeln, mit faszinierenden Bildern und filigranen Zeichnungen

bringt Sie den Teil der Pflanzen näher, der sonst im Verborgenen ruht. Ein Sammlerstück für alle, die sich für das Werk interessieren, aber auch eine fundierte Grundlage für Wissenschaftler.

Lore Kutschera, Ernst Lichtenegger; ISBN: 978-3-7690-0758-9; DLG-Verlag; 574 Seiten, zahlr. Abb.; 79,00 €, zu beziehen über den ABL-Verlag



Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht: Ausgabe 2014 Schwerpunkt: Tiere in der Landwirtschaft - 22,00 € 2013 Schwerpunkt: Agrarreform- 10,00 €
weitere Jahrgänge auf Anfrage oder unter www.bauernstimme.de bzw. [www. Der.kritische.Agrarbericht.de](http://www.Der.kritische.Agrarbericht.de)

Matthias Stührwaldt

Das wahre Landleben!

Bücher:

- 11,00 € - Bauernparty
- 11,00 € - Nützt ja nix
- 11,00 € - Schubkarrenrennen
- 11,90 € - Der Wollmützenmann
- 9,90 € - Verliebt Trecker fahren
- 11,00 € - Aus dem Moor- Gedichtband

CD:

- 10,00 € - König Silo
- 10,00 € - Was für'n schöner Scheiß
- 10,00 € - Ein Bauer erzählt
- 9,50 € - live im Lutterbecker

weitere Buchwünsche:

Bodenpolitik in Ostdeutschland

- 19,80 € - Nehmt und Euch wird gegeben
- 3,00 € - Ostdeutsche Bodenpolitik nach 1990
- 8,00 € - Leitbild Schweiz oder Kasachstan

Aktuelle Broschüre

- 4,00 € - Wege aus der Hungerkrise

Cartoons rund um die Kartoffel....

- 9,80 € - Linda und Konsorten
- 9,80 € - Linda prall im Leben

Junge Landwirtschaft:

- 9,80 € - Agrarpolitik in der Leehre
- 8,00 € Jung, dynamisch, erfolglos?

...weitere Bücher, Musik CD, Aufkleber, Fahnen usw. www.bauernstimme.de

Die Versandkosten pro Bestellung betragen innerhalb Deutschland 2,75 €
Die Versandkosten ins Ausland werden auf Anfrage mitgeteilt

Ich zahle:

nach Erhalt der Rechnung

per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Bitte senden Sie die Bestellung an: verlag@bauernstimme.de, oder
AbL Verlag, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221

Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539, ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

(Klein) Anzeigen

Anzeigenpreisliste:

www.bauernstimme.de/unabhaengige-bauernstimme/anzeigen.
Anzeigen und Chiffrezuschriften bitte an: E-mail: anzeigen@bauernstimme.de,
Fax: 02381-492221 Anzeigenschluss für BS Juli ist der 23. Juni 2014

Hof und Arbeit

• **Zwecks Weiterführung/Gründung** einer SoLaWi im Raum Bonn/Köln Ackerfläche oder Resthof zur Pacht/evtl. Kauf im Raum Bonn/Köln/Bergisches Land/Hennef von Bio-Landwirtin gesucht.
C. Berger ☎ 0160-91887550

• **Der Siebengebelhof** in MV ist zu pachten: 100 ha, 4 ha Wald, 25 Kühe, Käserei, Bäckerei, Cafe freuen sich auf eine Familie oder ein Team zur Bewirtschaftung ab August. ☎ 038729-22535, www.siebengebelhof.de

• **Markushof bei Heidelberg** (Bio-landbetrieb), sucht ausgebildeten Landwirt (m oder w) ab August/September. Der vielfältige Hof (Milch, Getreide, Gemüse) betreibt solidarische Landwirtschaft und sucht einen vielseitigen Kollegen mit Freude an der Arbeit mit Tieren, Pflanzen und Menschen. Interessiert? Dann wenden Sie sich bitte an Christine Ditzel: chd@harburk.de ☎ 06223-971004

Sonstiges

• **Zwischen dem 4. und 11. Mai 2015** möchte ich eine Fahrradtour über die Pyrenäen und den Jakobs-Radweg nach Santiago de Compostela starten. Wenn man dann tatsächlich in Santiago angekommen ist, sollte der Rückweg kein Problem mehr sein. Bei durchschnittlich 124 km am Tag kann sich jeder ausrechnen, wann die ca. 6.000 km hin und zurück von Schöppingen aus geschafft sein könnten. Bin 1953 geboren, fahre für eine bäuerliche Landwirtschaft und suche noch Mitfahrer mit guten Ideen. Martin Ramschulte, Ramsberg 30, 48624 Schöppingen, ☎ 02555-430, martin.ramschulte@web.de,

Tiermarkt

• **Verkäufe** laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

Zukunftsweisendes Qualitätsfleischprogramm sucht engagierte

Sauenhalter

Aufgrund guter Vermarktungsmöglichkeiten suchen wir weitere Ferkellieferanten. Bevorzugt im 100 km Umkreis von Bad Bevensen
Information: NEULAND GmbH Bad Bevensen
Tel.: 0 58 21/9 77 41 0, www.NEULAND-Fleisch.de
Ansprechpartner: Thomas Strauß und Karsten Pleuß



GRUNDSTÜCKE FÜR WINDENERGIEANLAGEN GESUCHT !

Sichern Sie sich langfristig garantierte Pachteinnahmen bei weiterhin möglicher land- und forstwirtschaftlicher Nutzung!

wpd onshore GmbH & Co. KG
Bremen, Bietigheim-Bissingen, Düsseldorf, Kassel, Potsdam, Viöl
Telefon: 07142 / 77 81-0
akquise@wpd.de, www.wpd.de



ETL | Freund & Partner Lutherstadt Wittenberg Steuerberatung für die Landwirtschaft



- Finanz- und Lohnbuchhaltung
- Jahresabschluss nach BMELV-Anforderungen
- Bilanzen & Steuererklärungen (privat & betrieblich)
- Optimierung von Erbschafts- und Schenkungssteuer (Hofnachfolge)
- Betriebsvergleich

Steuerberater
Dr. Marcel Gerds

Beratung mit Agrarexpertise

Freund & Partner GmbH
Steuerberatungsgesellschaft
Niederlassung Wittenberg
Berliner Straße 1
06886 Lutherstadt Wittenberg
Tel: (03491) 4180-0
Fax: (03491) 4180-12
E-Mail: agrar@etl.de
Web: www.marcel-gerds.de
www.facebook.com/fpwittenberg

Veranstaltungen

Am letzten Juniwochenende ruft ein breites Bündnis zum Protest gegen die Wiederinbetriebnahme der Schweinemastanlage mit mehr als 36.000 Tierplätzen in Haßleben auf:

28.06.2014 Bundesweite Netzwerktagung Bauernhöfe statt Agrarfabriken (BsA)
11:00-17:30 Uhr in Templin in Brandenburg

Seit 2009 ist das Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken auf rund 300 Gruppen und zahlreiche Landesnetzwerke zu einer bundesweiten Bewegung herangewachsen.

Mitglieder und Interessierte des bundesweiten Netzwerkes Bauernhöfe statt Agrarfabriken sind herzlich eingeladen, den aktuellen Stand unserer Bewegung und der politischen Auseinandersetzung zu diskutieren. Welche neuen Argumente haben wir gegen die Genehmigungen von Tierfabriken? Welche Gesetze werden aktuell überarbeitet und könnten zum Hebel gegen Agrarfabriken werden? Was tischt uns das Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA auf?

Ort: Evangelische Waldhofschule Templin, Röddeliner Straße 36, 17268 Templin. Die Teilnahme ist kostenlos, Spenden sind willkommen!
Anmeldung bitte bis zum 15.6.2014 an den BUND, Kläre Klassen, agrarteam1@bund.net, weitere Infos: 030 275 86 – 549
http://www.bund.net/themen_und_projekte/landwirtschaft/
Übernachtungen: touristinfo@templin.de, 03987 2631 oder im Camp: www.meine-landwirtschaft.de

29. 06.2014
11.00 Uhr Gottesdienst
13.00 Uhr Kundgebung

anschließend „Agrarpolitischer Sonntagsspaziergang mit Musik und Protest-Picknick in Kuhz.“
Am Sonntagmorgen fährt ein Demo-Shuttle vom Bahnhof Templin.
Infos: www.wir-haben-es-satt.de/hassleben

Egomobil-Tour

Mit dem Zugpferd durch Europa für eine kleinbäuerliche Landwirtschaft!

Unterwegs ab 1. Juli bis Ende des Sommers. Von Hof zu Hof aus Witzhausen Richtung Süden. Höfe zur Unterstützung gesucht, gerne mit Hoffest o.ä.
Kontakt: Nimue Dröge, mobil: 0177 4737272 internet: eqomobil.wordpress.com

90 Jahre Biologisch-Dynamisch

06. - 07.06.2014 Bonn
Im Juni 2014 jährt sich zum 90. Mal der Landwirtschaftliche Kurs Rudolf Steiners. Die daraus hervorgegangene Biologisch-Dynamische Wirtschaftsweise wurde Wegbereiter für den Ökologischen Landbau und hat seine wesentlichen Prinzipien geprägt. Auf der Tagung wird vorgestellt, wo die Biologisch-Dynamische Wirtschaftsweise heute aus wissenschaftlicher Perspektive steht. Ihre Beiträge für eine zukunftsfähige Landwirtschaft sollen mit dem Fachpublikum diskutiert werden.

Anmeldeformular und weitere Informationen: www.demeter.de/jubiläum

Zukunft Fleisch

14.06.2014, Hannover, 10-17.30 Uhr
Der hohe Fleischkonsum und die industrialisierte Produktion von Fleisch haben soziale, ökologische und ethische Folgen – mit globaler Dimension. Der Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen e.V., Dachverband der Nichtregierungsorganisationen, möchte auf dieser Tagung in Vorträgen und Diskussionsrunden Impulse für eine globale Konsum- und Agrarwende setzen.

Tagungsort: Stephansstift Hannover, Kirchröder Straße 44, 30625 Hannover, Anmeldung unter: foej@ven-nds.de
Informationen: Janna Rassmann, Tel. 0511 - 390 88 980

Landwirtschaft heute

18.06.2014, Cloppenburg, 19.30 Uhr
Unter dem Titel: Landwirtschaft heute - Agrarfabrik oder bäuerliche Landwirtschaft?! werden unter der Leitung von Bernd Kleyboldt, Mitarbeiter der Katholischen Akademie Stapelfeld, folgende Gäste über Ihre Ansichten debattieren und mit den Zuhörerinnen und Zuhörern ihre Meinungen austauschen.

Albert Schulte to Brinke, Vizepräsident des Landvolk Niedersachsen, Ottmar Ilchmann, Vorsitzender der AbL Niedersachsen, Friedrich Ostendorff (MdB), Sprecher für Agrarpolitik der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die GRÜNEN
Hotel Taphorn, Auf dem Hook 1, 49661 Cloppenburg

Demo Sachsen

05.07.2014, Dresden, 12.30 Uhr
„Wir haben Agrarindustrie satt!“-Demonstration anlässlich der Landtagswahlen in Sachsen.

Start am Bahnhof Neustadt in Dresden
Infos: www.wir-haben-es-satt.de/sachsen



Züchtungsexkursion - Leguminosen -



Zur Norddeutsche Pflanzenzucht - NPZ am 24. Juni 2014

Programm:

- 12.00 Uhr Ankunft bei der NPZ in Hohenlieth
- 12.30 Uhr Mittagessen
- anschließend Führung durch den Betrieb
- 14.00 Uhr Besuch der Zuchtgärten (Sommer- wie Winterungen von Erbse und Ackerbohne)
- 16.00 Uhr Kaffee & Abschlussrunde
- 17.00 Uhr Rückfahrt

Die Abfahrt mit dem Bus ist gegen 7 Uhr geplant. Es besteht aber auch die Möglichkeit direkt zur NPZ zu fahren. Zur besseren Koordination werden alle Angemeldeten persönlich kontaktiert.

Abfahrt 7.00 Uhr, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm (Westf.)
Exkursionsziel: NPZ, Hohenlieth-Hof 1, 24363 Holtsee (Schleswig-Holstein)
Kontakt und Anmeldung: AbL NRW e.V.: Christoph Dahlmann, Tel.: 02381-9053170 oder Fax: 02381/49 22 21, dahlmann@abl-ev.de
Je nach Anzahl der Anmeldungen wird ein geringer Unkostenbeitrag erhoben.

Das Projekt "Vom Acker in den Futtertrog" wird gefördert durch die





Unsere Zukunft: Bäuerliche Landwirtschaft zwischen Theorie und Praxis
 20. - 22.06.2014 in Bad Nauheim - Steinfurt

Sommertagung der jAbL
 Programm:
 Freitag, 20. Juni
 16 Uhr Ankunft und Abendessen
 19 Uhr Öffentlicher Diskussionsabend: „Was macht die bäuerliche Landwirtschaft zukunftsfähig?“
 Samstag, 22. Juni
 9.00 - 13.00 Uhr Workshops
 · Nutzpflanzenvielfalt und Züchtung - alternative Züchtungsprogramme
 · Verschuldung – Entwicklungschance oder Falle für landwirtschaftliche Betriebe?
 15.00 - 18.30 Uhr Kurzworkshops
 · Strukturwandel in der Landwirtschaft am Beispiel Rosenanbau in Steinfurt
 · Kraftfutterlose Milchviehfütterung
 · Landwirtschaft im Nebenerwerb
 · Kapitalismuskritik und bäuerliche Landwirtschaft
 Anschließend Lustwandeln im Rosengarten
 Sonntag, 22. Juni
 9.00 - 13.00 Uhr Open Space und Aktionsplanung für das nächste Jahr
 13.00 Uhr gemeinsamer Abschluss mit Mittagessen
 Anmeldung bis zum 15.06.2014 bei Therese Wiskott. Tel: 05542-71306, ThereseWiskott@hotmail.com
 Tagungsbeitrag: 30,- €. Kinder sind herzlich willkommen!
 Bitte mitbringen: Schlafsack, Isomatte, Zelt, regionales Essen, Gute Laune, Musikinstrumente
 www.abl-ev.de/junge-abl

AbL Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Ansprechpartner Sprecherrat
 Andrea Kraus, Tel. 0177 439 1708, and.rea.kraus@gmx.de; Jan Wendel, Tel. 0152 28545399, dschahn@gmx.de; Florian Gleißner, Tel. 0152-02610448, florian.gleissner@domaene-fredenburg.de

Niedersachsen

Landesverband: Ottmar Ilchmann, Tel.04967-334, o.ilchmann@yahoo.de
Wendland-Ostheide: Martin Schulz, Tel. 05865-988 3-60, neulandhof-schulz@gmx.de
Heide-Weser: Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, biohof-boese-hartje@t-online.de
Elbe-Weser: Jürgen Rademacher, Tel. u. Fax 04747-931 105, jradem1308@aol.com
Südnids: Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, kaesehof@t-online.de
Weser-Ems: Ernst Steenken, Tel. 04482-660, steenken@ewetel.net

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein, Tel.: 03841/791273; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221
Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264
Herford: Friedel Gieseler; Tel.: 05221/62575
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761
Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421
Gentechnik: Reinhard Fiegenbaum, Tel: 05484/657
Westmünsterland: Martin Ramschulte; Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

Hessen

Reinhard Nagel, Tel.: 05695-990099, Mobil: 0171-8604799, Bio-Nagel@t-online.de
 Jeannette Lange, Tel.: 05653-91280, Lange.Wellingerode@t-online.de
 Henrik Maaß, Tel.: 05542-500267, Mobil.: 0160/8217015, maass@abl-ev.de

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch, Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de; Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

Baden-Württemberg

Geschäftsstelle Landesverband: Frieder Thomas; Tel.: 07531 282939-1, thomas@abl-ev.de
Bodensee: Anneliese Schmeh; Tel.: 07553-7529, a.schmeh@hagenweilerhof.de
Oberschwaben: Bärbel Endraß; Tel.:07528-7840, info@biohof-endrass.de

Bayern

Landesverband: Edith Lirsch, Tel: 08562/870; Josef Schmid, Tel: 08742-8039, Fax: 967654
Geschäftsstelle: Gertraud Gafus und Andrea Eiter; AbL-Bayern Irlberg 41 83454 Anger Tel.: 08656-393; Internet: www.abl-bayern.de Mail: abl-bayern@web.de
Chiemgau-Inn Salzach: Hubert Hochreiter Tel.: 08679/6782 Fax.:08679/914284, Gertraud Gafus, Tel. 08656-393
Land an Rott und Inn: Margarete Stoiber, Tel. 08536-91091; Konrad Zanklmaier, Tel. 08725-304; e-mail: konrad.zanklmaier@vr-web.de
Allgäu: Elisabeth Waizenegger, Tel: 08330-1413; Herbert Siegel, Tel: 08320-512; ablallgaeu@gmx.de
Oberland: Irene Popp, Tel. 0176-98148203, irene-popp@web.de; Walter Mauk, Tel. 08179-33
Landshut-Vilstal: Josef Schmid, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de
Franken: Isabella Hirsch, Tel: 09852-1846; Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194 / 8480
Erding – Ebersberg, Anton Brandl, Tel. 08085 532, brandl-anton@gmx.de; Barbara Greimel Tel. 09090-5791396, adelguetl@online.de
Bayerisch-Schwaben, Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aheiter@freenet.de; Armin Hartleitner, 0175-72 550 12, armin.hartleitner@ziertheim.net; Internet: www.abl-bs.de;

Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt

Landesverband: Stephan Kaiser, sphkai@freenet.de (Sachsen); Michael Grolm, Tel: 036450/446889, M.Grolm@gmx.de (Thüringen)
Sachsen Anhalt: Claudia Gerster, Tel: 034465/21005, sonnengut-dietrichsroda@t-online.de
Thüringen: Volkmar Voigt, Tel: 036694/36250, volkmarvoigt@web.de; Frank Neumann, Tel: 036623/23737, berghoffrank@hotmail.de; Daniela Kersten, Tel: 036421/23497, mail@kanzlei-kersten.de;

Impressum 

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V.
Redaktion: Marcus Nürnberger: 02381-492220
 Claudia Schievelbein: 02381-492289
 Christine Weißenberg: 02381-492210
 Fax: 02381/492221, redaktion@bauernstimme.de;
Verlag: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung:
Aboverwaltung: Vera Thiel, Tel.: 02381/492288, Fax: 02381/492221, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de;
Druck: lensing druck, Münster

AbL Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:
 Ulrich Jasper, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de
Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758
junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft:
 Julia Frenzel, Tel: 0152-28625363, junge-abl@abl-ev.de
Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:
 Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298; Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3455
Interessengemeinschaft Ostdeutschland:
 Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273
Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken
 Eckehard Niemann, Tel: 0151-11201634, eckehard.niemann@freenet.de
Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:
 Annemarie Volling, Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de
Eiweißpflanzenprojekt: „Vom Acker in den Futtertrog“:
 Christoph Dahlmann, Tel: 02381/9053170, dahlmann@abl-ev.de
Internationale Agrarpolitik:
 Berit Thomsen, Tel.: 040/397858, Fax: 040/3978587, thomsen@abl-ev.de

AbL Mitgliedsantrag **Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.**

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 99,00 Euro
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 134,00 Euro
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
- Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 44,00 Euro
- Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 69,00 Euro
- Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.

Name, Vorname: _____
 Straße: _____
 PLZ, Wohnort (Landkreis): _____
 Telefon/Fax E-Mail: _____

Ich zahle: Gläubiger-ID: DE19ZZZ00000421092
 nach Erhalt der Rechnung AbL e.V., Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
 per SEPA-Lastschriftmandat Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____
 BIC: _____
 IBAN: _____

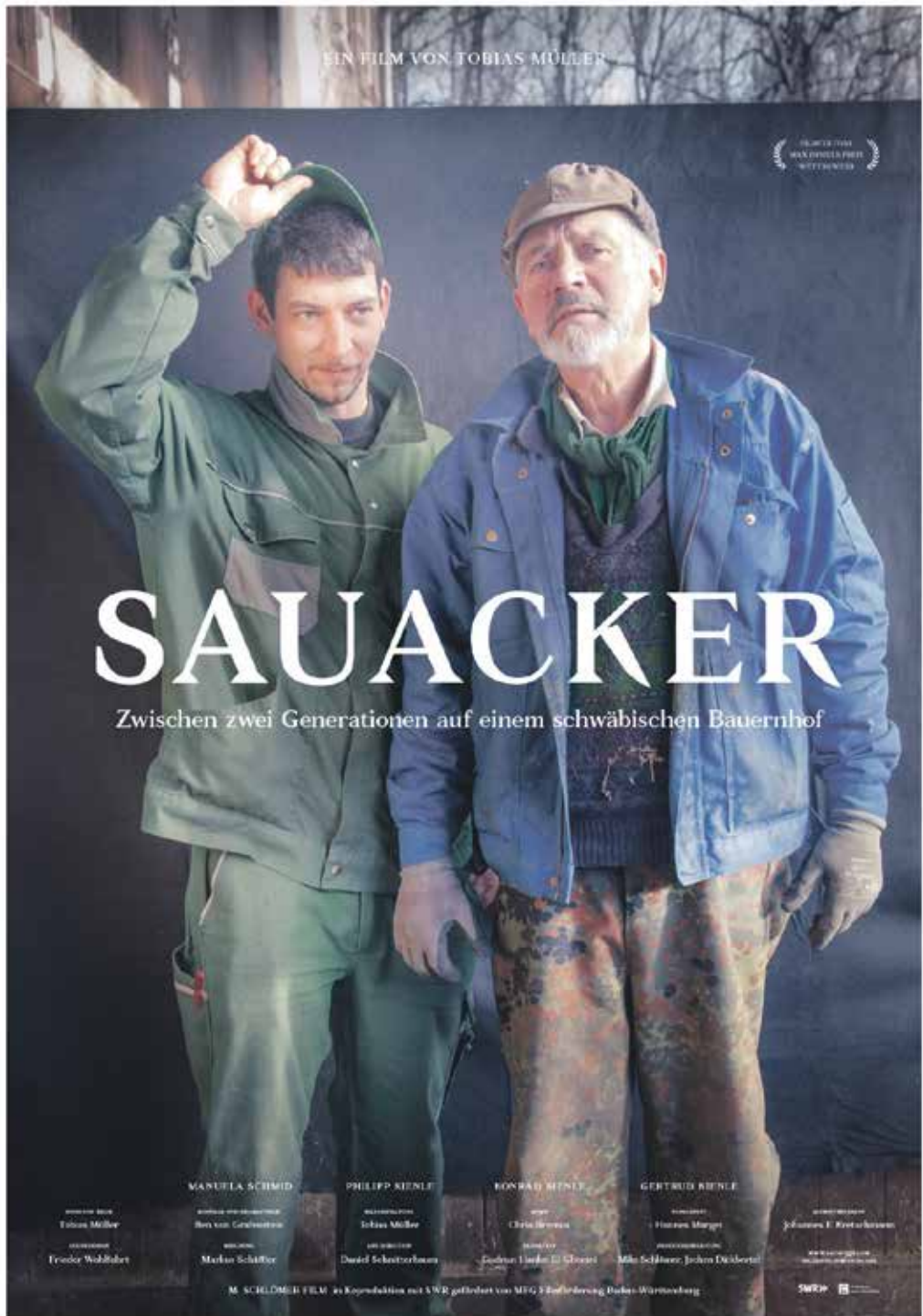
Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Sauacker

Oh nein, nicht wieder ein Film übers Bauernhofidyll, harte Arbeit, enge Stallgänge, Trecker aus dem vorigen Jahrtausend. Denkt man, wenn in epischer Breite die Geburt eines Kälbchens zum martialisches Zieh- und Drück-Akt im düsteren Anbindestall wird. Als einer der beiden beteiligten zweibeinigen Protagonisten – Sohn Phillip – wenige Szenen später mit unfreiwilliger Komik dem landwirtschaftlichen Berater sagt, ökonomisch gebe es da noch Luft nach oben im elterlichen Betrieb, da beginnt man zu spüren, dass auch der Film noch Luft nach oben hat und guckt weiter. Und spätestens, wenn der Vater Konrad mit Stirnlampe, flüsternd, im allerfrühesten morgendlichen Neuschnee irgendwo im gesichtslosen Neubaugebiet, ernsthaft erläutert, dass er eigentlich zwei Zeitungszustellungsbezirke gemacht hat, von drei Uhr an, er das aber irgendwann nicht mehr konnte und nun nur noch einen macht - er flüstert, damit die Neubaugebietsbewohner ausschlafen können - spätestens dann ist man den Bildern des Films verfallen. Kann nicht lassen von den beiden Männern, ihrem Gezänk und ihrem Geschaffe, von den zwei Frauen mit ihren Träumen und ihrer feinen Ironie. Wohl wissend, dass es hier kein Happy End geben kann, wie auch, es ist schließlich ein Dokumentarfilm. Fast vergisst man das, so gut, so unverstellt agieren die Personen, so gut fängt aber auch Kamera und Schnitt sie ein. Vielleicht ist die größte Leistung des Regisseurs Tobias Müller die Auswahl der Protagonisten, die Mischung aus grauem Melkerkittel und coolen Koteletten, aus Deutz DX und Ford Mustang, und die Tatsache, dass sich alle offensichtlich aufeinander eingelassen haben. Durch die Typen wird der Film sehenswert, die Geschichte, die er erzählt, ist der Schmalz vom Untergang einer Landwirtschaft, die sich fragen lassen muss, warum sie erhaltenswert ist, killt sie mit ihrer vielen Arbeit doch nur Beziehungen und steckt Tiere in dunkle Verliese. Spannend wird die Fortsetzung, schafft es der Sohn, durch Veränderung der Tradition treu zu bleiben und die Komiker von Bank und Beratung mit der Luft oben zu überraschen?

CS



unabhängige bauernstimme: damit es weiter geht

06/2014

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (39,60 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 28,40 € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 16,- € bzw. 32,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen email/Fax

Ich zahle:

- nach Erhalt der Rechnung
- per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonnenten Datum Beruf
 (bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221

Gläubiger-ID: DE17ZZ00000417539

ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
 Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.